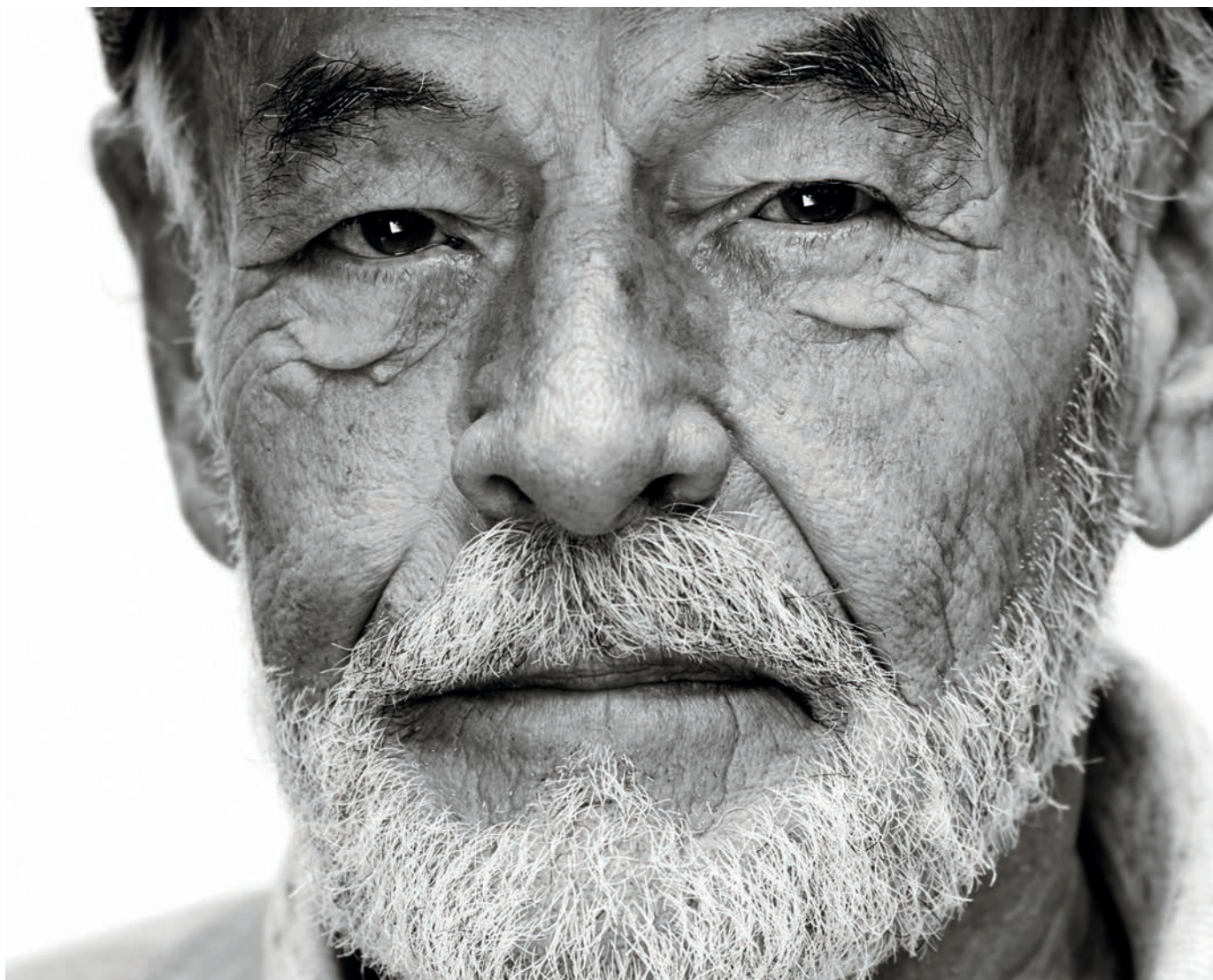


AUSGEGRENZT & WEGGESPERRT



**IN DER SCHWEIZ
WERDEN BIS 1981
MEHRERE ZEHNTAU-
SEND ERWACHSENE
UND JUGENDLICHE
IN ANSTALTEN ODER
GEFÄNGNISSE WEG-
GESPERRT, OHNE
DASS SIE EINE STRAF-
TAT BEGANGEN HABEN.
WARUM UND WOZU?**

Die davon betroffenen Personen, Politik und Forschung fordern eine öffentliche Auseinandersetzung mit diesem vergangenen Unrecht. 2014 setzt der Bundesrat die Unabhängige Expertenkommission (UEK) Administrative Versorgungen ein. Unter ihrer Leitung hat ein interdisziplinäres Forschungsteam die Geschichte dieser Massnahmen untersucht.

Auf der Website der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) Administrative Versorgungen befinden sich Erläuterungen zu den historischen Quellen, zur Forschung und ihren Resultaten, zum Kontext und zum Austausch mit von administrativen Versorgungen betroffenen Personen: uek-av.ch

Informationen zu diesem Pavillon und zu den Begleitveranstaltungen: uek-av.ch/veranstaltungen

Die Ausstellung online: uek-av.ch/ausstellung

Als administrative Versorgung werden bis 1981 verschiedene Massnahmen bezeichnet, die zu einem Freiheitsentzug in einer geschlossenen Anstalt führen. In der Regel spricht eine Verwaltungsbehörde diese ohne gerichtliches Verfahren aus. Die Versorgungen stützen sich auf unterschiedliche kantonale Gesetze und das Zivilgesetzbuch. Die Menschen werden nicht interniert, weil sie eine Straftat begangen haben, sondern weil sie stigmatisiert sind: Ihr Handeln und ihr Lebensstil widersprechen aus Sicht der Behörden den gesellschaftlichen Normen und gefährden die öffentliche Ordnung. Erst 1981 revidiert und vereinheitlicht der Bund die Rechtsgrundlagen, auf die sich die Einweisungen stützen. Die Schweiz hat 1974 die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert und muss deshalb auch auf Druck internationaler Organisationen die Anstaltseinweisungen grundrechtskonform umgestalten.



uek-av.ch/film
uek-av.ch/documentaire
uek-av.ch/documentario

MARINA BYRDE, 2017

DÈS SON ENFANCE PLACÉE DANS PLUSIEURES INSTITUTIONS
ET FAMILLES

**«L'INTERNEMENT
ADMINISTRATIF EST
UN POUVOIR ABUSIF
SUR L'HUMAIN –
L'ENFANT, L'ADOLESCENT,
L'ADULTE.»**

«MAN HÄTTE ADMINISTRATIVE VERSORGUNGEN GAR NICHT ZULASSEN SOLLEN. DA HABEN UNSERE GESELLSCHAFT UND POLITIK SCHLICHTWEG VERSAGT: DASS ES SO LANGE GEHT, BIS MAN DAS ÜBERHAUPT SICHTBAR MACHEN KONNTE.»

SERGIO DEVECCHI, 2017

SEIT FRÜHESTER KINDHEIT IN VERSCHIEDENEN KINDER- UND JUGENDHEIMEN PLATZIERT, LEITETE SPÄTER ALS SOZIALPÄDAGOGE SELBST JUGENDHEIME



Schautafel der Arbeits- und Strafanstalt Hindelbank (BE) für die schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit (SAFFA) in Bern, 1928, Staatsarchiv des Kantons Bern.



uek-av.ch/schautafel
uek-av.ch/tableau
uek-av.ch/manifesto

Wer gesund ist, soll arbeiten!

Landstreicher, Vagabunden, Trinker und andere Tagediebe wollen sich dieser Pflicht entziehen. Das am Sonntag zur Abstimmung gelangende

Zwangsversorgungs- Gesetz

ermöglicht, diese Leute entweder durch Unterbringung in Anstalten zu bessern, oder falls dies nicht mehr möglich ist, in einer Verwahranstalt zu zwingen, nützliche Arbeit zu leisten. Stimmt deshalb mit

Ja!

Arbeitsame Bürger.

Inserat im Vorfeld der Volksabstimmung über das zweite Zürcher Versorgungsgesetz, in: Volksblatt aus dem Bezirk Affoltern (ZH), Nr. 57, 23. Mai 1925.



uek-av.ch/inserat
uek-av.ch/annonce
uek-av.ch/annuncio

Politik und Behörden legitimieren die administrative Versorgung damit, dass die Gesellschaft vor Menschen geschützt werden müsse, deren Verhalten als anstössig gilt. Versorgt und damit von der Gesellschaft ausgeschlossen werden hauptsächlich Personen aus sozial und ökonomisch benachteiligten Schichten. Sie werden mit abwertenden Begriffen wie «arbeitsscheu», «liederlich», «trunksüchtig», «verwahrlost» oder «asozial» beschrieben. Die Zuschreibungen widerspiegeln die traditionellen Geschlechterrollen: Männer werden beispielsweise interniert, wenn sie angeblich ihre familiären Unterstützungspflichten vernachlässigen. Frauen kommen überwiegend wegen vermeintlicher Verstösse gegen rigide Moralvorstellungen in Anstalten. Beide Geschlechter sollen «gebessert» und den gesellschaftlichen Werten angeglichen werden. Die Behörden haben bei ihren Entscheiden grossen Interpretations- und Handlungsspielraum. Für die Betroffenen ist der Vorgang undurchsichtig und die empfundene Unsicherheit wiegt schwer. Beschwerden gegen Internierungen werden von Anstaltsdirektionen oft zurückbehalten. Erreichen sie die zuständigen Adressaten, haben sie selten Erfolg.

EXTRAIT DE PROTOCOLE DE LA SÉANCE DU CONSEIL D'ÉTAT DU
CANTON DE FRIBOURG DU 12 JUIN 1926 –
DÉCISION D'INTERNEMENT D'OFFICE D'UNE JEUNE FILLE MINEURE
POUR INCONDUITE ET DÉBAUCHE, ARCHIVES DE L'ÉTAT DE
FRIBOURG

**«IL Y A LIEU DE PLACER A.N.
DANS UNE MAISON DE
RELÈVEMENT MORAL, AFIN
DE L'ARRÊTER DANS LA
VOIE DU VICE ET DE TENTER
SON AMENDEMENT.»**

Bezirksamt Schwyz 14.50 h

Anwesend: [REDACTED]

Am 20.7.1966

wird als **Angeschuldigter**

eivernommen:

[REDACTED], des [REDACTED],
geb. [REDACTED] in und von Schwyz, Hilfsarbeiterin,
ledig, z.Zt. Anstalt Kaltbach, Schwyz.
Bevormundet mit [REDACTED].

1./ Ihre Vormünderin stellt den Antrag, dass Sie in die Anstalt Kaltbach zu versorgen seien. Was haben Sie dazu zu sagen?

Ich finde es nicht recht, dass ich in die Anstalt Kaltbach versorgt werde, denn ich habe nichts verbrochen. Wenn man auch sagt, es sei kein Zuchthaus, so ist es halt doch eines. Ich habe nichts verbrochen, dass ich in dieses Zuchthaus gehöre.

2./ Wo waren Sie vorher?

Ich war vorher, bevor ich nach Kaltbach kam, im Sanatorium Kilchberg in Zürich. Ich kann nicht sagen, wie lange ich dort gewesen bin. Man hat mir eine Spritze gegeben, sodass ich beduselt wurde, sonst wäre ich sicher nicht hier.

3./ Ihr Benehmen in dieser Anstalt war aber so, dass Sie im Sanatorium einfach untragbar wurden. Das stimmt soch?

Es stimmt, dass mein Benehmen nicht in Ordnung war. Ich habe aber kein Verbrechen gemacht, weshalb ich auch nicht in ein Zuchthaus gehöre. Wohl sagt man, es sei kein Zuchthaus, es ist aber eines. Ich habe schliesslich keinen Krampf abgelassen.

4./ Was ist denn in der Anstalt nicht in Ordnung?

Man hat ja Strafkleider an, Zuchthäusler haben Strafkleider an. Jetzt kann ich noch nicht viel sagen, ich bin noch nicht lange in Kaltbach.

5./ Sind Sie überhaupt fähig, selber den Lebensunterhalt zu verdienen?

Jawohl, ich kann schon arbeiten, wenn ich will. Man soll mich einmal dort lassen, wo ich will. Ich möchte einfach irgendwo in Deutschland arbeiten. Ich wünschte sehr, dass ich einmal mit Frau [REDACTED] allein sprechen könnte. Das kann man aber in der Anstalt Kaltbach nicht. Es ist immer jemand dabei.

6./ Sie waren vorher in einer Nervenheilanstalt?

Ja, ich war in einem Nervensanatorium. Ich gebe zu, dass ich

- 2 -

nie lange am gleichen Ort bleiben kann. Es zieht mich einfach hinaus, wenn ich allein bin. Ich habe einfach keinen festen Stand. Ich habe dies schon Frau [REDACTED] gesagt. Ich bin sicher, dass es gehen würde, wenn ich an einem Ort wäre, wo ich unter Kontrolle stehen würde.

7./ Glauben Sie nicht, dass Sie unter ärztliche Kontrolle gehören?

Das weiss ich nicht. Ich kann einfach nicht schlafen und sagen darf man nichts.

8./ Können Sie sich bereit erklären, in der Anstalt Kaltbach zu verbleiben, bis etwas Passendes für Sie gefunden ist?

Ich könnte mich einverstanden erklären, vorübergehend in der Anstalt Kaltbach zu verbleiben, bis etwas Passendes für mich gefunden wird. Ich möchte aber der Hoffnung Ausdruck geben, dass ich ärztlich betreut werde, dass ich Pillen bekomme, damit ich überhaupt schlafen kann. Ich habe immer Pillen bekommen, damit ich schlafen konnte. Es waren grosse, rosarote Pillen. Ich bin auch bereit, mich der Hausordnung in Kaltbach zu unterziehen. Sobald aber etwas Passendes gefunden ist für mich, möchte ich wieder aus der Anstalt entlassen werden.

Mir vorgelesen und bestätigt:

15.30 h

i.f. [REDACTED]

Anhörungsprotokoll einer in die Zwangsarbeitsanstalt Kaltbach (SZ) versorgten Person durch das Bezirksamt Schwyz, Sommer 1966, Staatsarchiv des Kantons Schwyz.

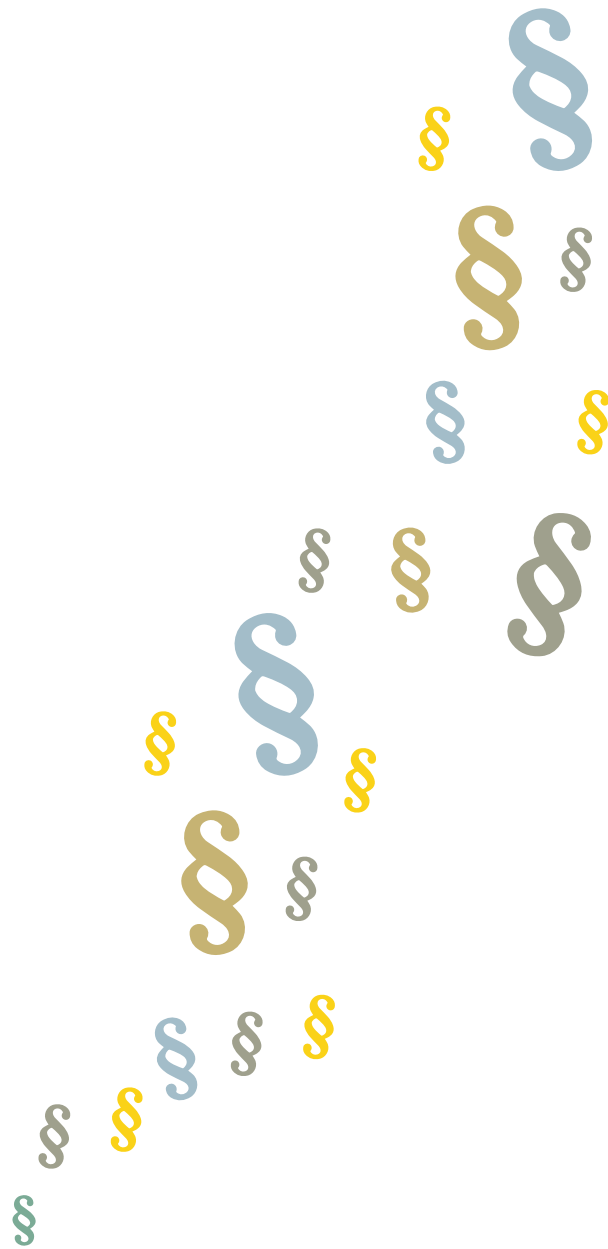


uek-av.ch/anhoeerung
uek-av.ch/audition
uek-av.ch/audizione

Alle Kantone hatten eigene gesetzliche Grundlagen für administrative Versorgungen. Zu den kantonalen Versorgungsgesetzen:



uek-av.ch/gesetze
uek-av.ch/lois
uek-av.ch/leggi



«INDEM ICH WEDER
TRINKER, NOCH ARBEITS-
SCHEU BIN, SONDERN
DIE GEMEINDE SIRNACH
HAT MICH HIEHER
VERSORGEN LASSEN,
INDEM ICH 2 KINDER HA-
BE, ABER JEDOCH NOCH
NICHT VERHEIRATET BIN.»

GESUCH VON JOSEF THEODOR PETERLI

AN DEN THURGAUER REGIERUNGSRAT UM ENTLASSUNG AUS DER
ZWANGSARBEITSANSTALT KALCHRAIN VOM 7. SEPTEMBER 1919,
STAATSARCHIV THURGAU

INTERNEMENTS
A LA
MAISON DE TRAVAIL

Le Préfet du district de la Sarine

VU :

Le rapport de la gendarmerie du 20 juillet 1948;
L'audience préfectorale du 21 juillet 1948;

L'art. 49 de la loi du 2 mai 1928, sur l'assistance et la bienfaisance ;
L'arrêté du Conseil d'Etat du 13 décembre 1935, fixant les prix de pension pour les internés dans les établissements de Bellechasse :

CONSIDÉRANT :

Le nommé **████████** Ferdinand, fils d'Antoine et de Marie née **████████**, né le 15 décembre 1893, originaire de **████████**, d.d.f., titulaire de 2 condamnations a été appréhendé en Ville de Fribourg où, depuis quelque temps, il vagabonde, sans moyen d'existence, logeant dans les fermes des environs et vivant de mendicité.

Pour ces motifs,

PRONONCE :

1. **████████** Ferdinand est interné à la maison de travail pour la durée d'une année à la Maison de Travail à Bellechasse
2. les frais de cet internement sont à la charge de l'intéressé, de la commune d'origine (biffez suivant le cas). Demeurent réservés les art. 28 et 29 de la loi du 2 mai 1928 sur l'assistance et la bienfaisance ;
3. Communication :
A la Direction de Justice et Police,
A la Direction de l'Intérieur,
A la maison de travail,
A la commune de **████████**,
A l'intéressé,

avec avis aux intéressés, qu'un délai de 10 jours, dès notification, leur est imparti pour recourir au Conseil d'Etat, contre cette décision.

Donné à Fribourg le 24 juillet 1948

Le secrétaire : **████████** Le Préfet de la Sarine : **████████**

248 - 500 - IX 25 - H. B.

Versorgungsentscheid des Oberamtes des Saanebezirks (FR), Einweisung in die Arbeitsanstalt Bellechasse, 1948, Staatsarchiv Freiburg.



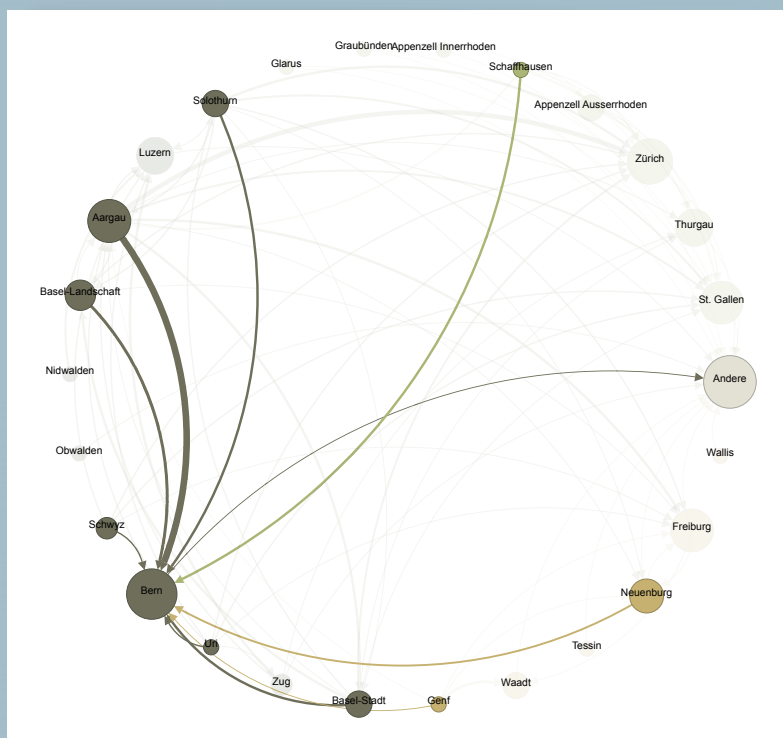
uek-av.ch/entscheid
uek-av.ch/decision
uek-av.ch/decisione

BERN / BERNE

KANTONALE NETZWERKE RÉSEAUX CANTONAUX

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, welche Kantone im Stichjahr 1954 Personen in Bernische Anstalten überweisen und dass der Kanton Bern Menschen in andere Kantone administrativ einweisen lässt.

Ce graphique met en évidence la manière dont les cantons collaborent dans la mise en œuvre des internements administratifs. Il montre quels cantons, en 1954, envoient des personnes dans des établissements bernois et aussi que le canton de Berne interne des personnes dans d'autres cantons.



Interkantonal Netzwerk Kanton Bern im Stichjahr 1954

Réseau intercantonal, canton de Berne, année de référence 1954

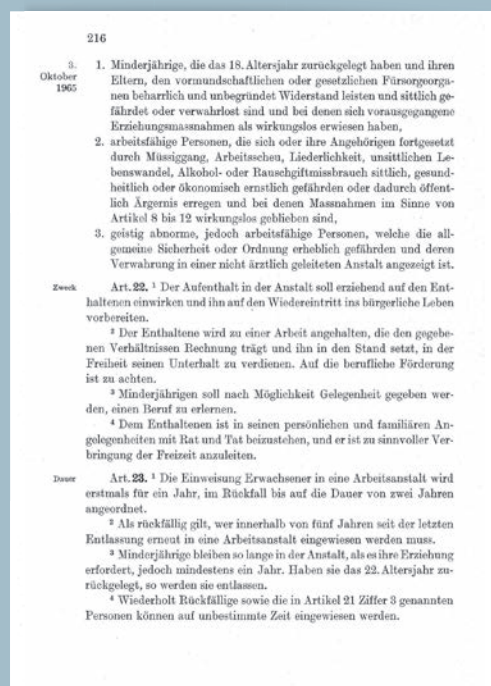
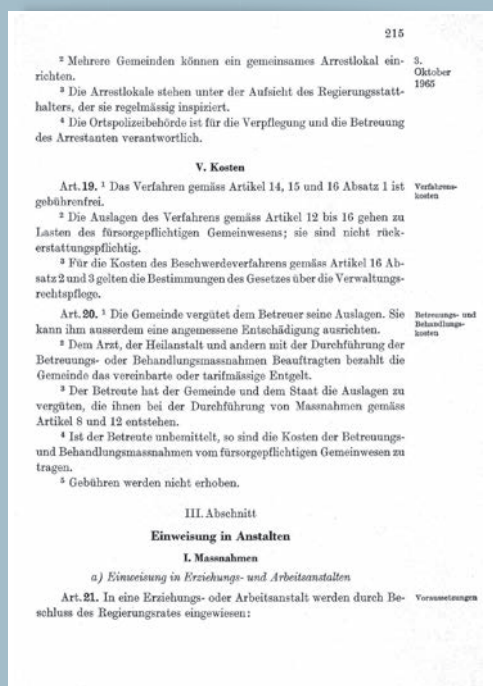
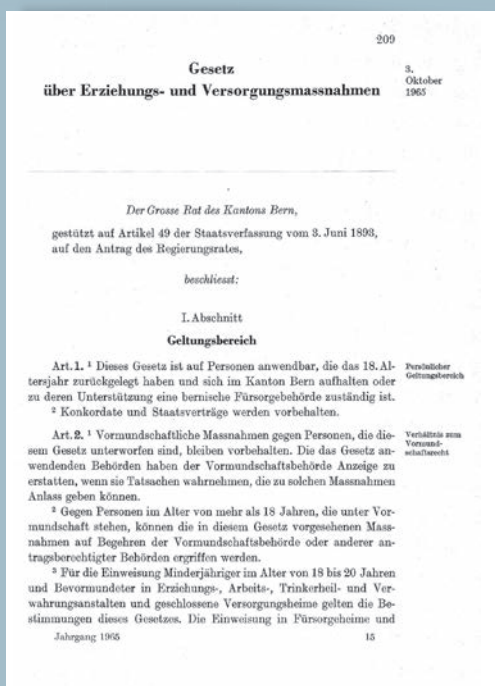


uek-av.ch/anstalten
uek-av.ch/institutions

EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ UNE LOI CANTONALE SUR L'INTERNEMENT

Am 3. Oktober 1965 beschliesst der Grosse Rat des Kanton Bern das «Gesetz über Erziehungs- und Versorgungsmassnahmen», welches das «Gesetz über die Armenpolizei und die Enthaltungs- und Arbeitsanstalten vom 1. Dezember 1912» ablöst. Es bleibt mit Anpassungen bis 1992 in Kraft und regelt die administrative Versorgung von «sittlich gefährdeten oder verwahten Minderjährigen, die das 18. Lebensjahr zurück gelegt haben», «arbeitsfähigen Personen, die sich oder ihre Angehörigen durch Müsiggang, Arbeitsscheu, Liederlichkeit, unsittlichen Lebenswandel oder Alkohol- bzw. Rauschgiftmissbrauch gefährden» und von «geistig abnormen, aber arbeitsfähigen Personen».

Le 3 octobre 1965, le Grand Conseil du canton de Berne adopte la «Loi sur les mesures éducatives et de placement», qui remplace la «Loi du 1^{er} décembre 1912 sur la police des pauvres et les maisons d'internement et de travail». Elle reste en vigueur avec quelques modifications jusqu'en 1992 et règle l'internement administratif des «mineurs, âgés de plus de 18 ans, qui (...) sont moralement abandonnés ou en danger de l'être», des «personnes qui compromettent sérieusement leur santé morale et physique, leur existence économique ou celle de leurs proches, par oisiveté, fainéantise, par une vie déréglée ou immorale, par l'abus de l'alcool ou des stupéfiants» et des «personnes mentalement anormales mais cependant capables de travailler».



Auszug aus dem «Gesetz über Erziehungs- und Versorgungsmassnahmen vom 3. Oktober 1965»

Extrait de la «Loi du 3 octobre 1965 sur les mesures éducatives et de placement»

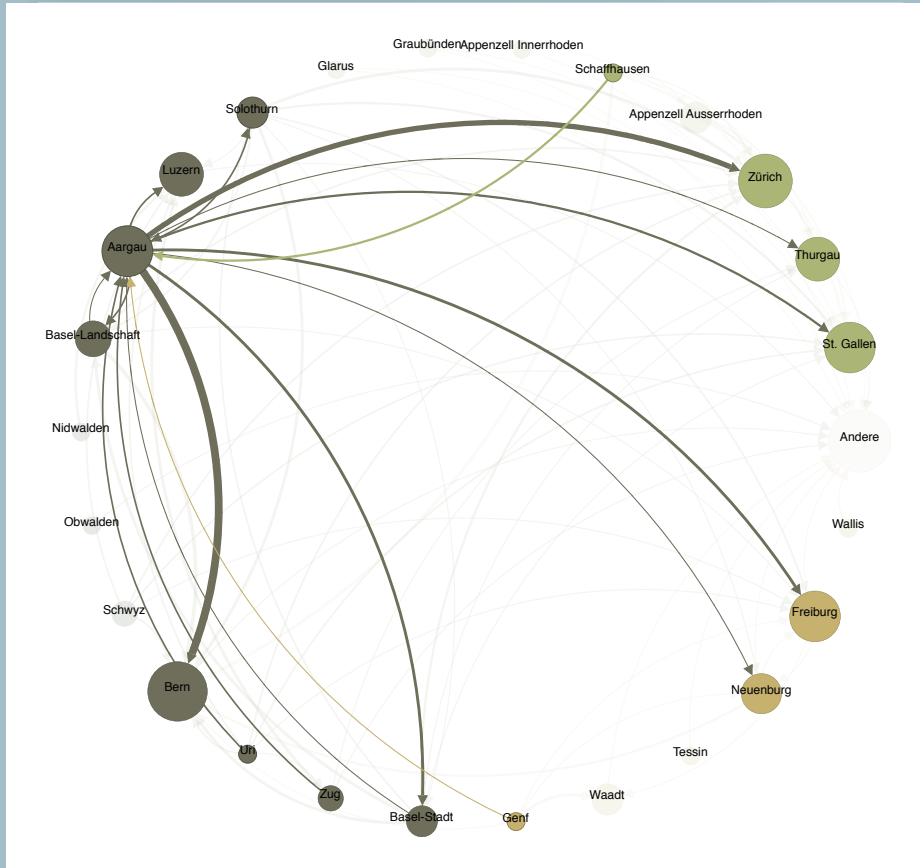


uek-av.ch/gesetz
uek-av.ch/lois

AARGAU

KANTONALE NETZWERKE

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, welche Kantone im Stichjahr 1954 Personen in Anstalten im Kanton Aargau überweisen und wohin der Kanton Aargau Menschen administrativ einweisen lässt.



Interkantionales Netzwerk Kanton Aargau im Stichjahr 1954



uek-av.ch/anstalten

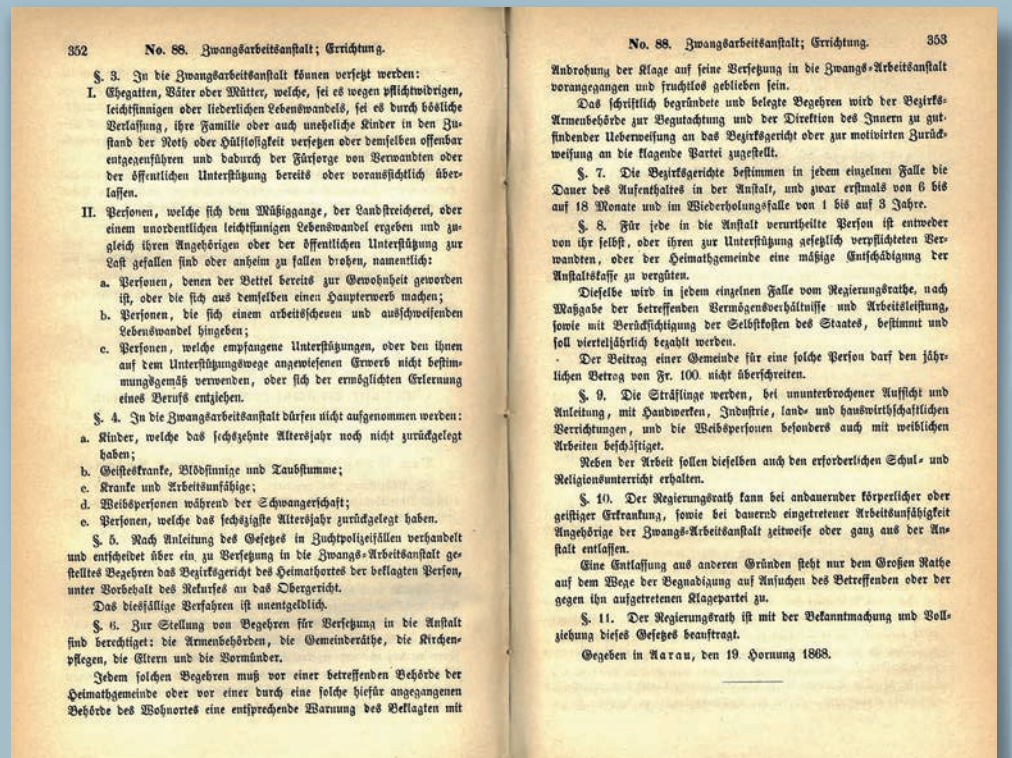
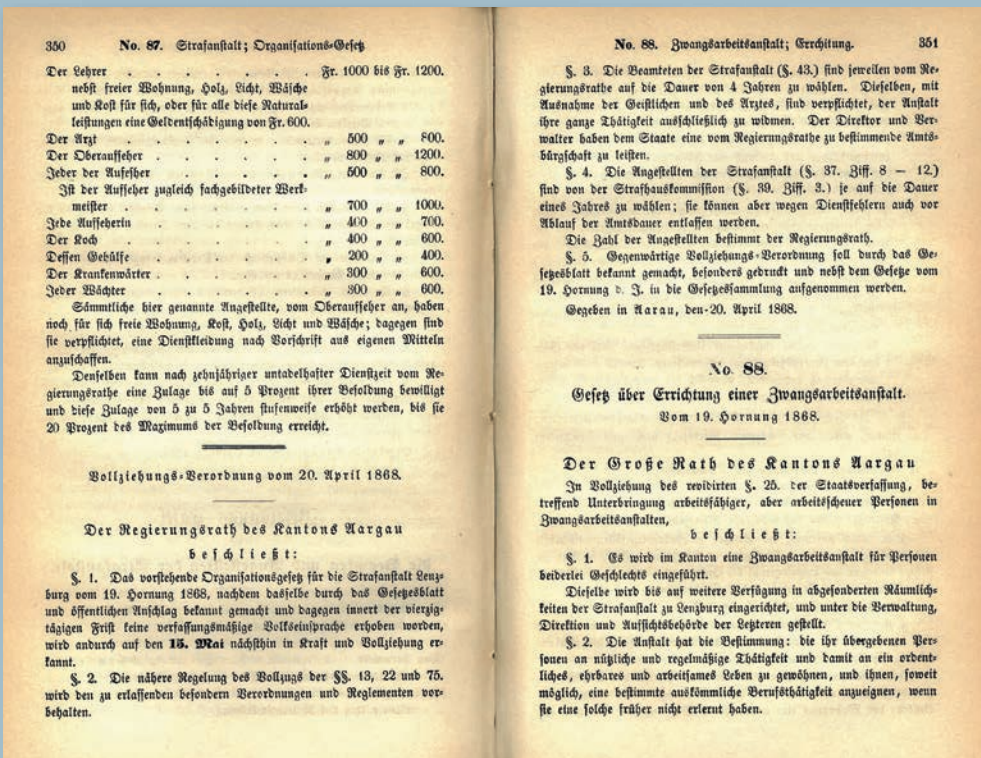
EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ

Das «Gesetz über die Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt vom 19. Hornung (Februar) 1868» bleibt bis 1981 in Kraft. Es regelt die Einführung einer Zwangsarbeitsanstalt, die der Strafanstalt Lenzburg angegliedert ist. Es erfasst «Ehegatten, Väter und Mütter, die ihre Familie durch pflichtwidrigen, leichtsinnigen oder liederlichen Lebenswandel gefährden» sowie «Personen, die sich dem Müssiggange, der Landstreicherei oder einem unordentlichen leichtsinnigen Lebenswandel ergeben und der öffentlichen Unterstützung zur Last fallen (Bettler, Liederliche, Arbeitsscheue)».



«Gesetz über Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt vom 19. Hornung 1868»

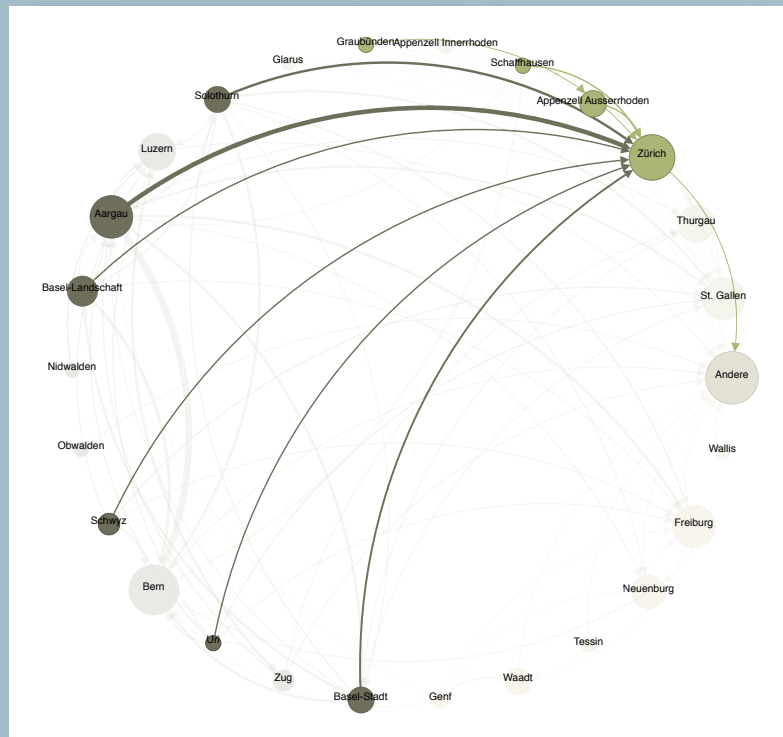
uek-av.ch/gesetz



ZÜRICH

KANTONALE NETZWERKE

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, welche Kantone im Stichjahr 1954 Personen in Anstalten im Kanton Zürich überweisen und dass der Kanton Zürich Menschen in andere Kantone administrativ einweisen lässt.



Interkantoniales Netzwerk Kanton Zürich
im Stichjahr 1954

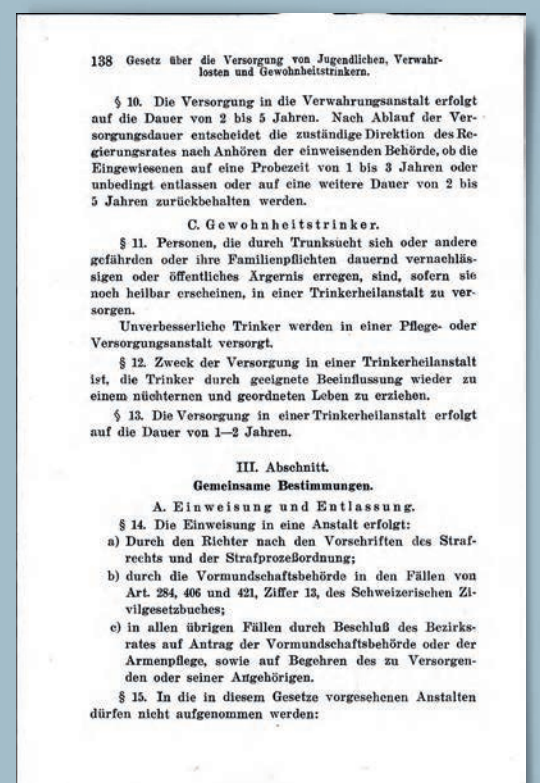
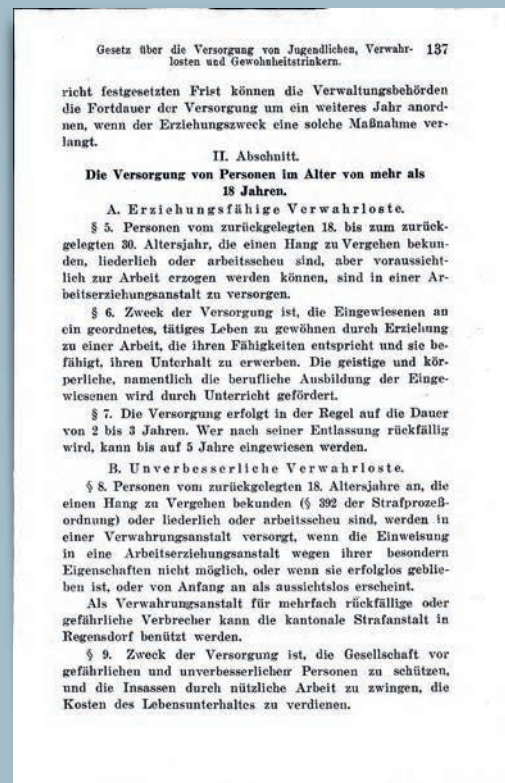
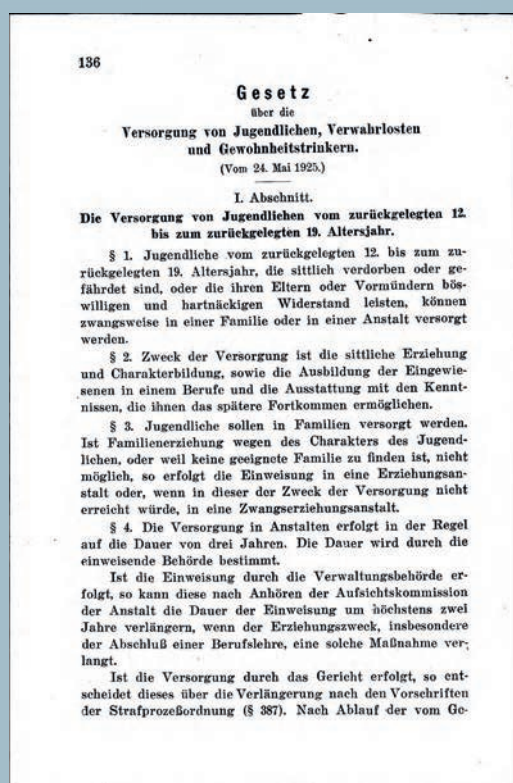


uek-av.ch/anstalten

EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ

Das «Gesetz über die Versorgung von Jugendlichen, Verwahrlosten und Gewohnheitstrinkern vom 24. Mai 1925» bleibt bis 1981 in Kraft, während die Bestimmungen betreffend Jugendliche bereits 1962 aufgehoben werden. Das Gesetz von 1925 regelt die Versorgung von Jugendlichen mit dem Zweck der «sittlichen Erziehung», «Charakterbildung» und «Berufsausbildung». Ausserdem erfasst es Personen im Alter von mehr als 18 Jahren, die als «liederlich» oder «arbeitscheu», als «unverbesserliche Verwahrloste» oder als «Gewohnheitstrinker» gelten.

Auszug aus dem «Gesetz über die Versorgung von Jugendlichen, Verwahrlosten und Gewohnheitstrinkern vom 24. Mai 1925»

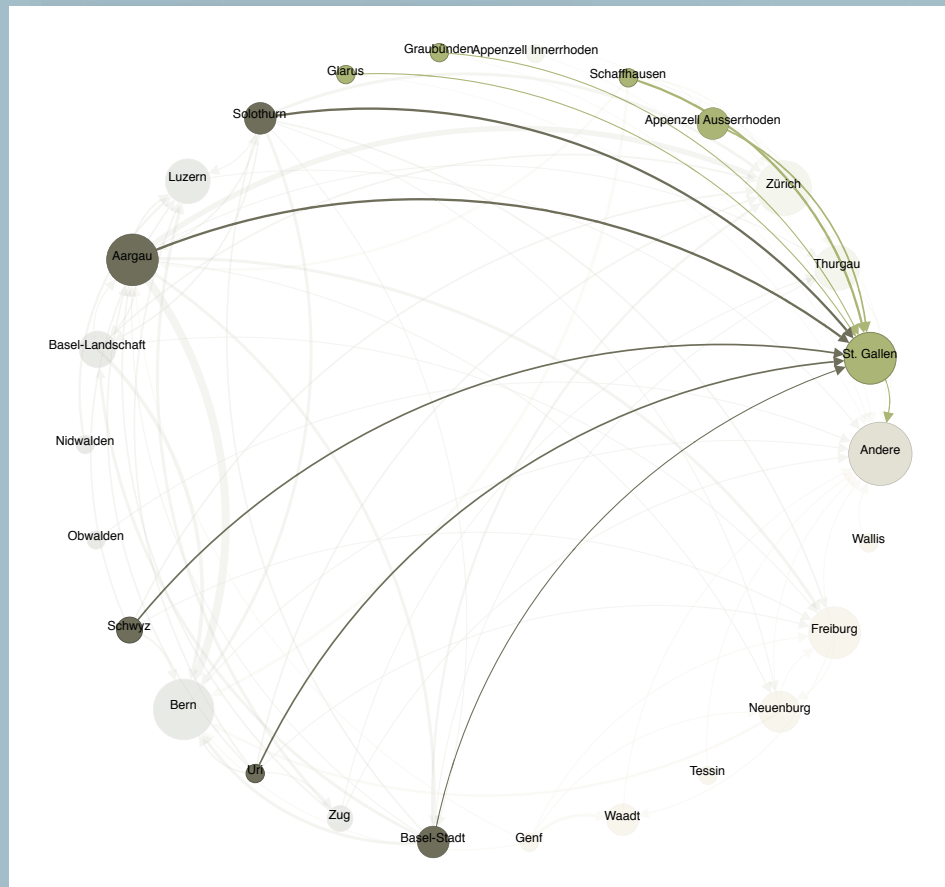


uek-av.ch/gesetze

ST. GALLEN

KANTONALE NETZWERKE

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, welche Kantone im Stichjahr 1954 Personen in Anstalten im Kanton St. Gallen überweisen und dass der Kanton St. Gallen Menschen in andere Kantone administrativ einweisen lässt.



Interkantonales Netzwerk Kanton St. Gallen im Stichjahr 1954

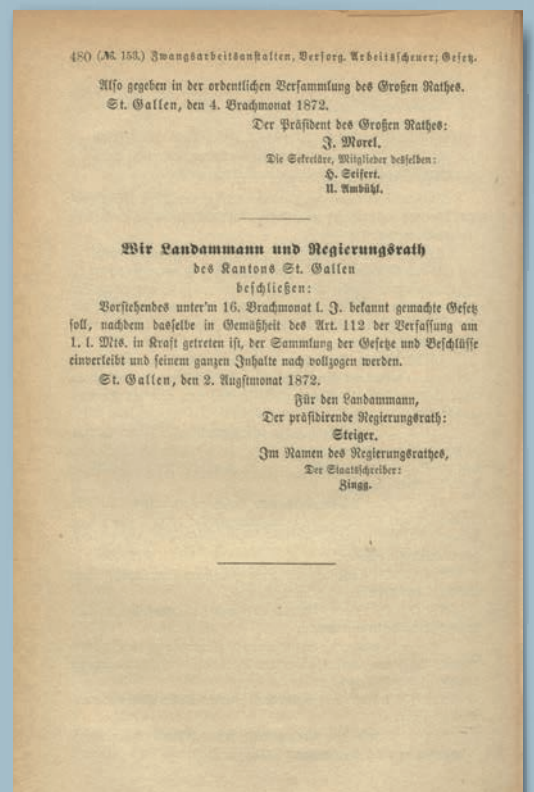
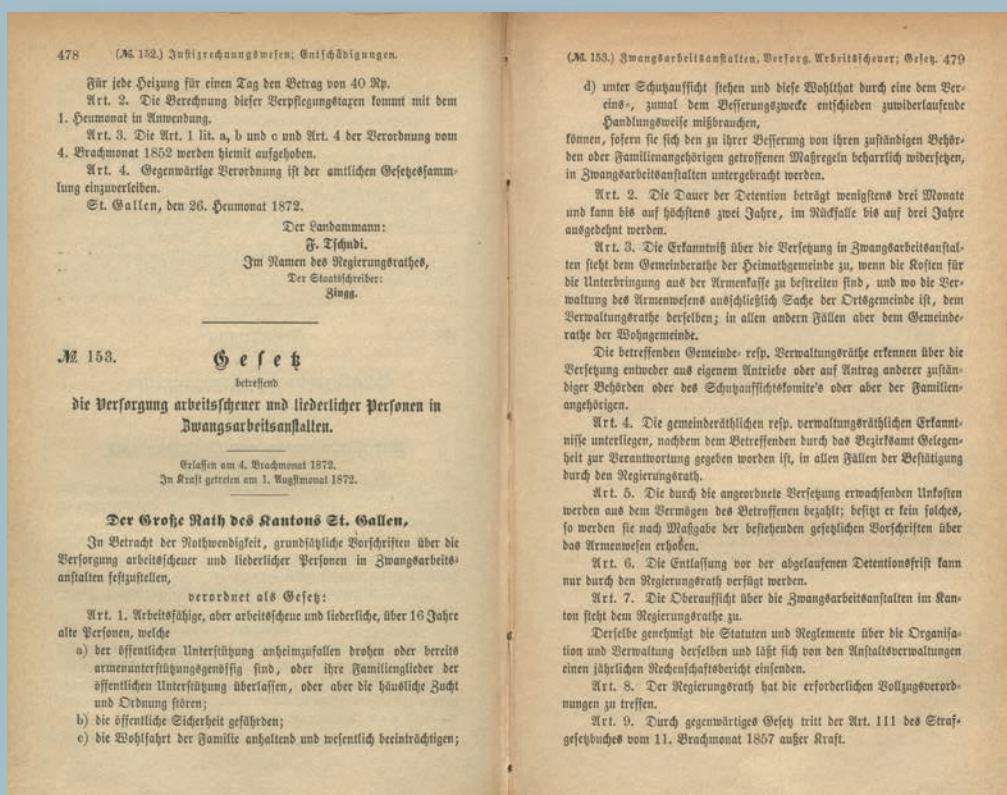


uek-av.ch/anstalten

EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ

Das «Gesetz betreffend die Versorgung arbeitsscheuer und liederlicher Personen in Zwangsarbeitsanstalten vom 1. August 1872» bleibt bis 1971 in Kraft und wird vom «Gesetz über die Aufhebung von Vorschriften über die administrative Versorgung vom 15. Juni 1971» abgelöst. Das Gesetz von 1872 erfasst «arbeitsfähige, aber arbeitsscheue und liederliche Personen über 16 Jahren».

«Gesetz betreffend die Versorgung arbeitsscheuer und liederlicher Personen in Zwangsarbeitsanstalten vom 1. August 1872»

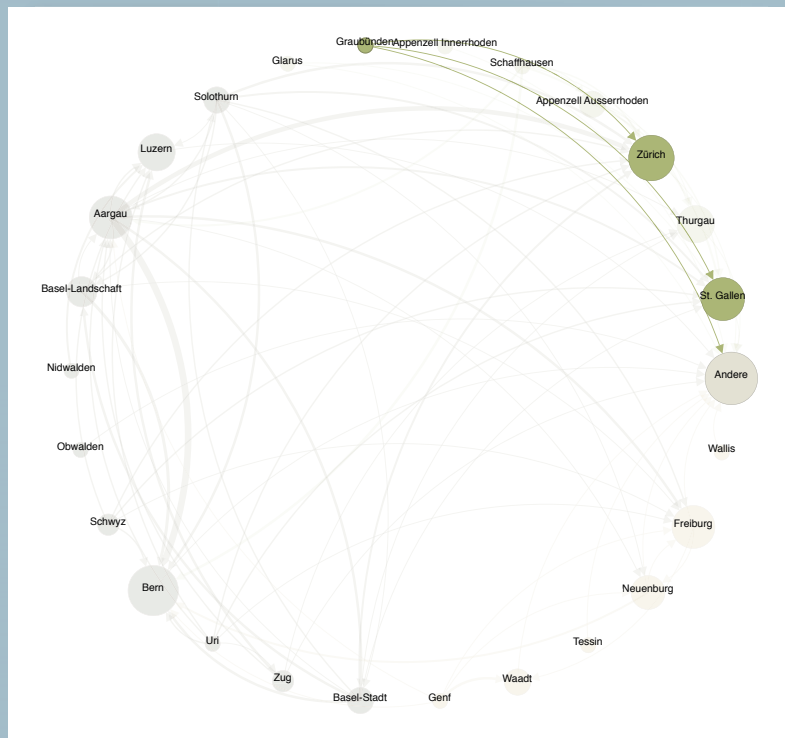


uek-av.ch/gesetze

GRAUBÜNDEN

KANTONALE NETZWERKE

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, dass im Stichjahr 1954 kein Kanton Personen in Anstalten im Kanton Graubünden überweist und dass der Kanton Graubünden Menschen vornehmlich in die Kantone Zürich und St. Gallen administrativ einweisen lässt.



Interkantionales Netzwerk Kanton Graubünden im Stichjahr 1954



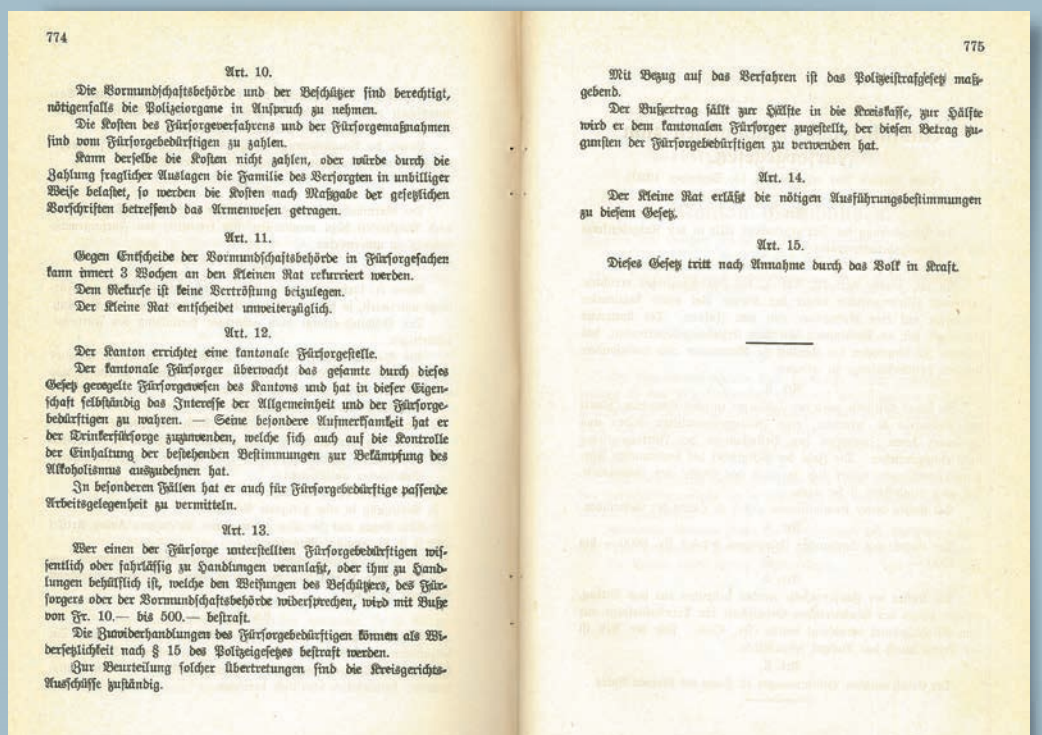
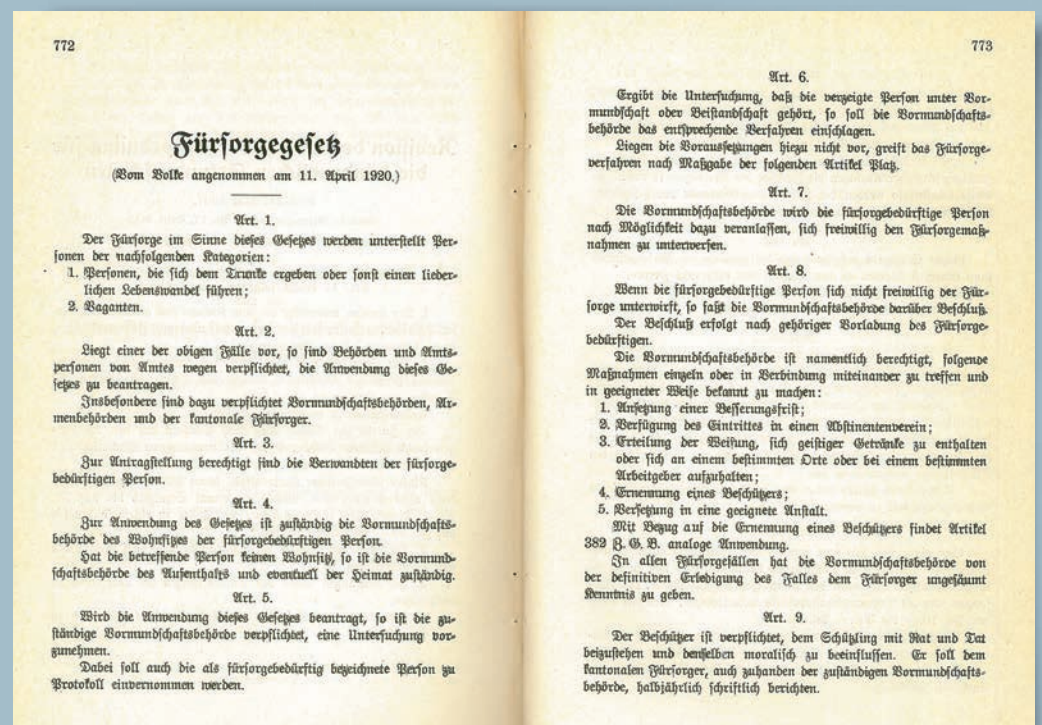
uek-av.ch/anstalten

EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ

Das «Fürsorgegesetz vom 11. April 1920» bleibt bis 1986 in Kraft und wird dann vom «Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 7. Dezember 1986» abgelöst. Das Gesetz von 1920 erfasst «Personen, die sich dem Trunke ergeben oder einen liederlichen Lebenswandel führen» sowie «Vaganten».



«Fürsorgegesetz vom 11. April 1920»



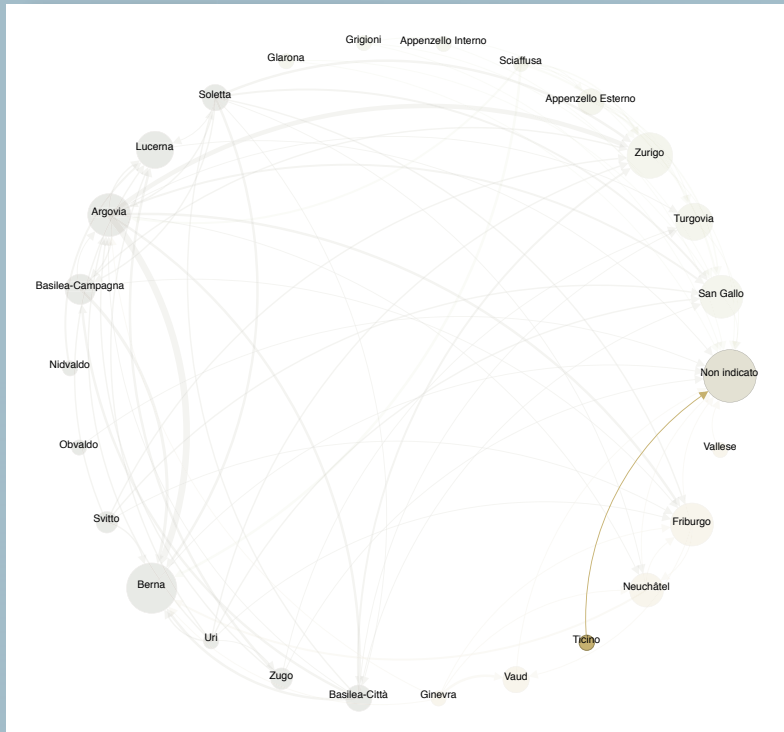
uek-av.ch/gesetzte

TICINO / TESSIN

RETI CANTONALI KANTONALE NETZWERKE

Il grafico illustra la collaborazione intercantonale nell'applicare l'internamento amministrativo: mostra come, nel 1954, il Canton Ticino non accoglie nei suoi istituti nessun internato proveniente da altri Cantoni, mentre fa internare persone in strutture extracantonali.

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, dass im Stichjahr 1954 kein Kanton Personen in Anstalten im Kanton Tessin überweist und dass der Kanton Tessin Menschen in anderen Kantonen administrativ versorgt.



Rete intercantonale, Canton Ticino, anno di riferimento 1954

Interkantonales Netzwerk Kanton Tessin im Stichjahr 1954

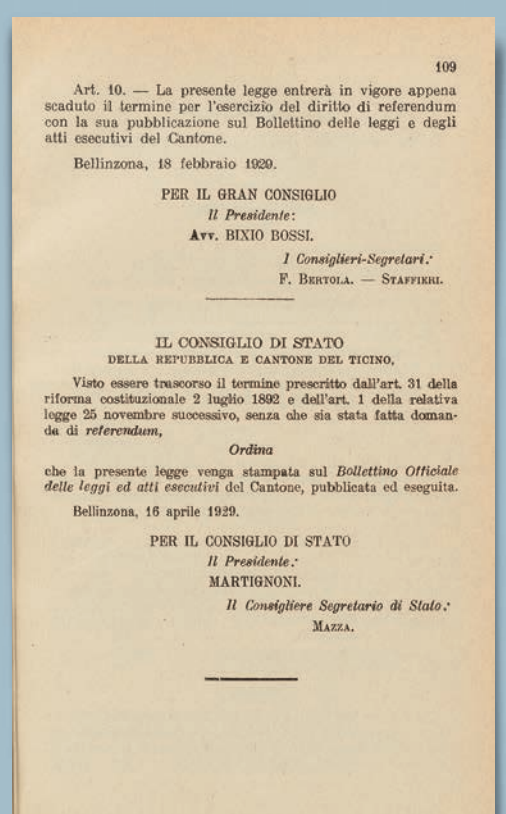
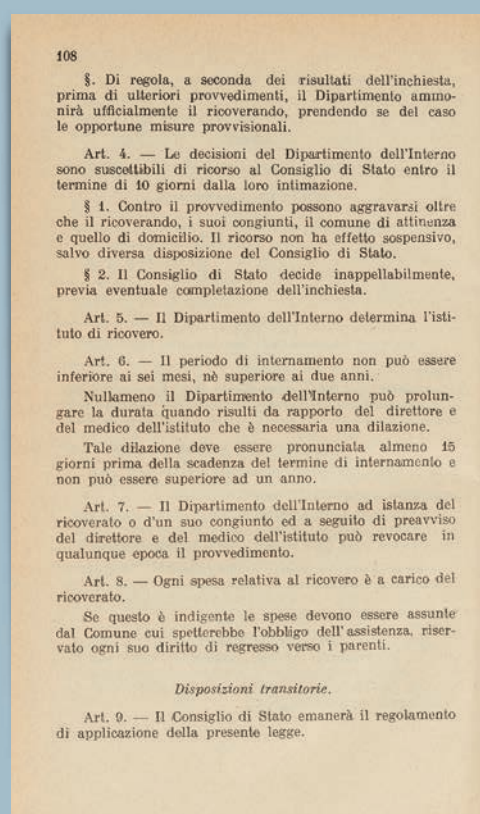
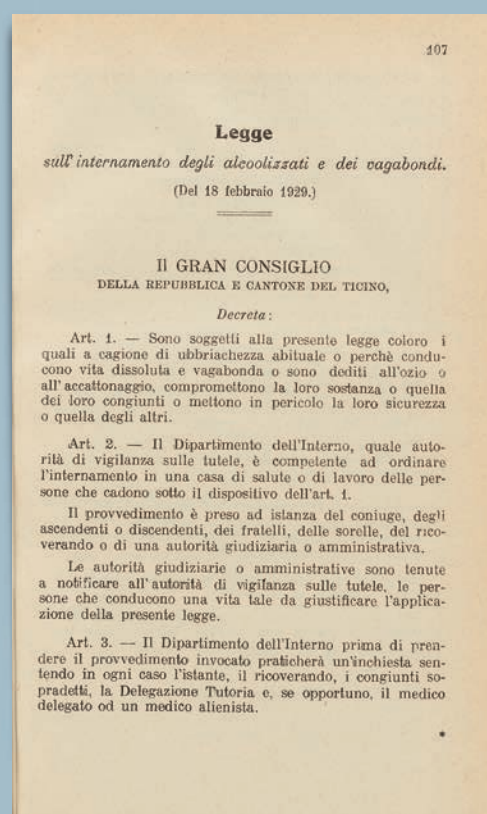


uek-av.ch/istituti
uek-av.ch/anstalten

UNA LEGGE CANTONALE SULL'INTERNAMENTO EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ

La «Legge del 18 febbraio 1929 sull'internamento degli alcoolizzati e dei vagabondi» resta in vigore fino al 1985, pur con qualche revisione. Si applica a individui che manifestano «ubriachezza abituale», «conducono vita dissoluta o vagabonda» o appaiono «dediti all'ozio o all'accattonaggio».

Das «Gesetz über die Versorgung der Alkoholisierten und der Vagabunden vom 18. Februar 1929» bleibt mit einigen Revisionen bis 1985 in Kraft. Es erfasst Personen wie «Gewohnheitstrinker», Menschen mit einem «ausschweifenden oder vagabundierenden Lebenswandel» oder jene, die sich angeblich dem «Müssiggang oder der Bettelei» hingeben.



«Legge del 18 febbraio 1929 sull'internamento degli alcoolizzati e dei vagabondi»

«Gesetz über die Versorgung der Alkoholisierten und der Vagabunden vom 18. Februar 1929»

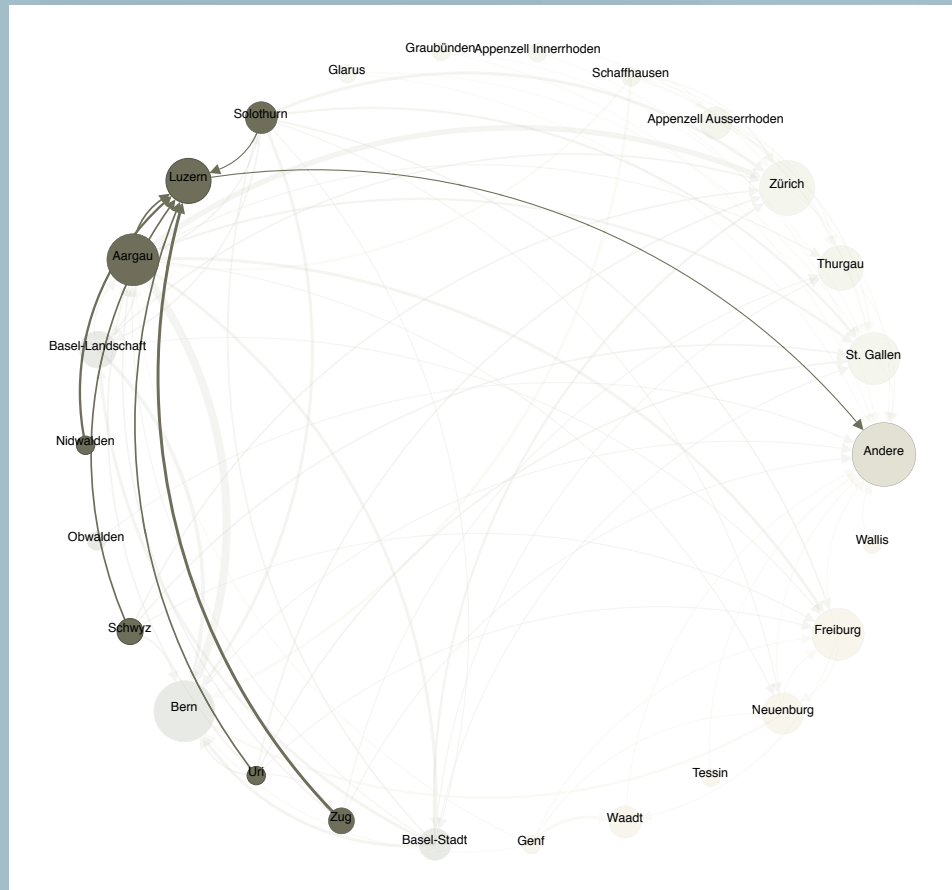


uek-av.ch/leggi
uek-av.ch/gesetze

LUZERN

KANTONALE NETZWERKE

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, welche Kantone im Stichjahr 1954 Personen in Anstalten im Kanton Luzern überweisen und dass der Kanton Luzern Menschen in andere Kantone administrativ einweisen lässt.



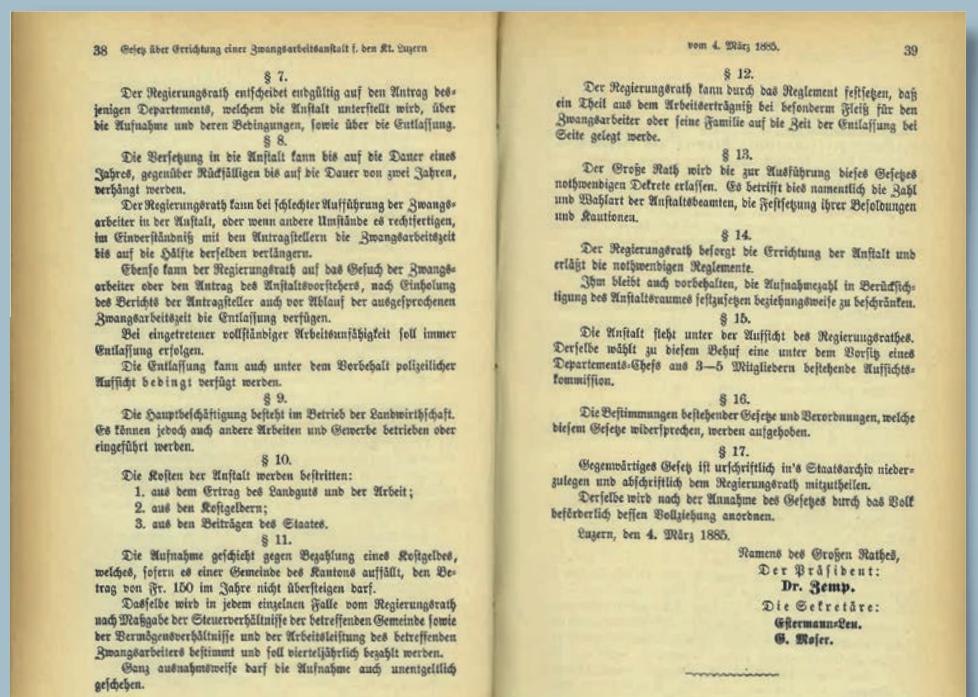
Interkantonales Netzwerk Kanton Luzern im Stichjahr 1954



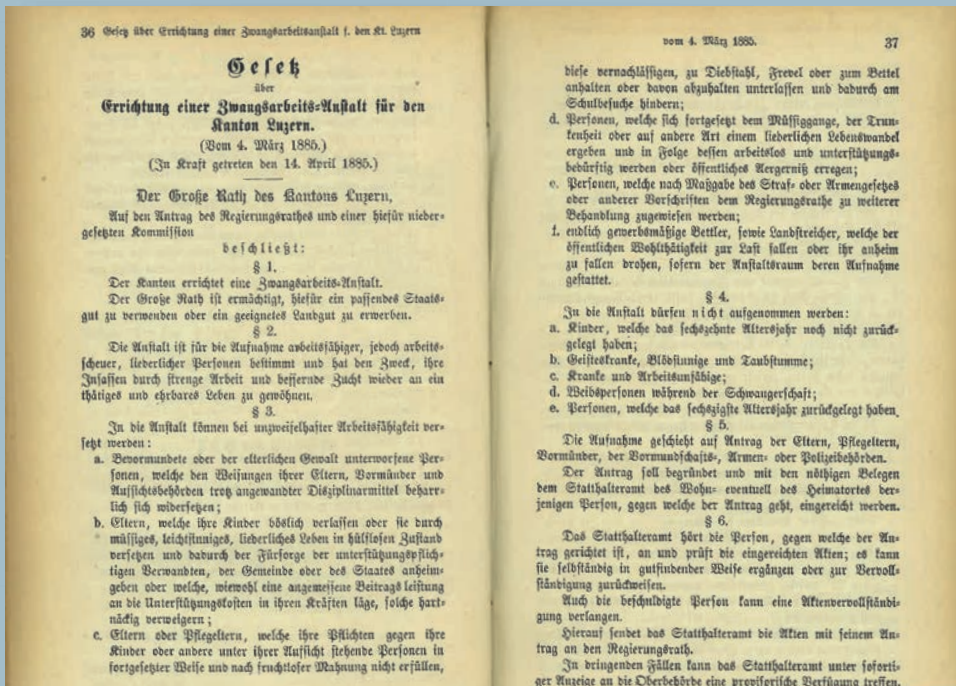
uek-av.ch/anstalten

EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ

Das «Gesetz über die Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt für den Kanton Luzern vom 4. März 1885» bleibt bis 1966 in Kraft, als es durch das «Gesetz über die Betreuung und Versorgung gefährdeter Erwachsener vom 8. März 1966» abgelöst wird. Die Zwangsarbeitsanstalt ist für «arbeitsfähige, jedoch arbeitsscheue oder liederliche Personen» bestimmt.



«Gesetz über die Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt für den Kanton Luzern vom 4. März 1885»

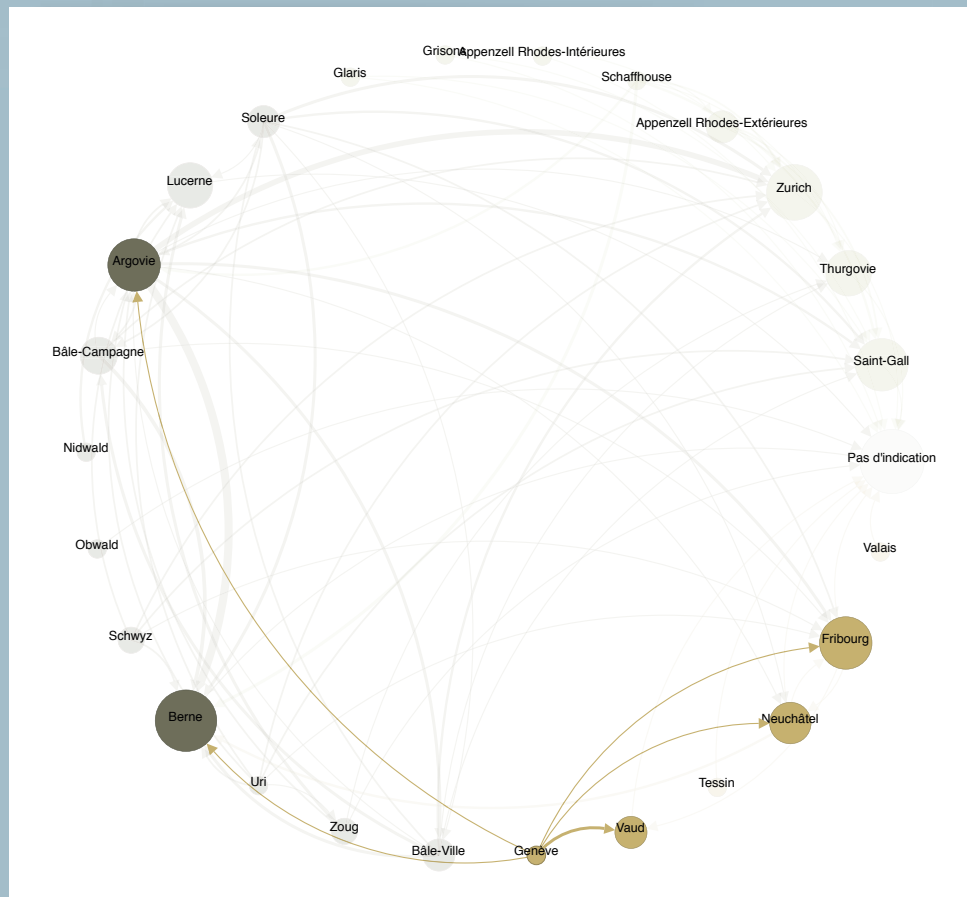


uek-av.ch/gesetze

GENÈVE

RÉSEAUX CANTONAUX

Ce graphique met en évidence la manière dont les cantons collaborent dans la mise en œuvre des internements administratifs. Il montre que le canton de Genève, en 1954, envoie des personnes dans des établissements situés dans plusieurs autres cantons, mais n'interne pas dans le canton de Genève des personnes provenant d'autres cantons.



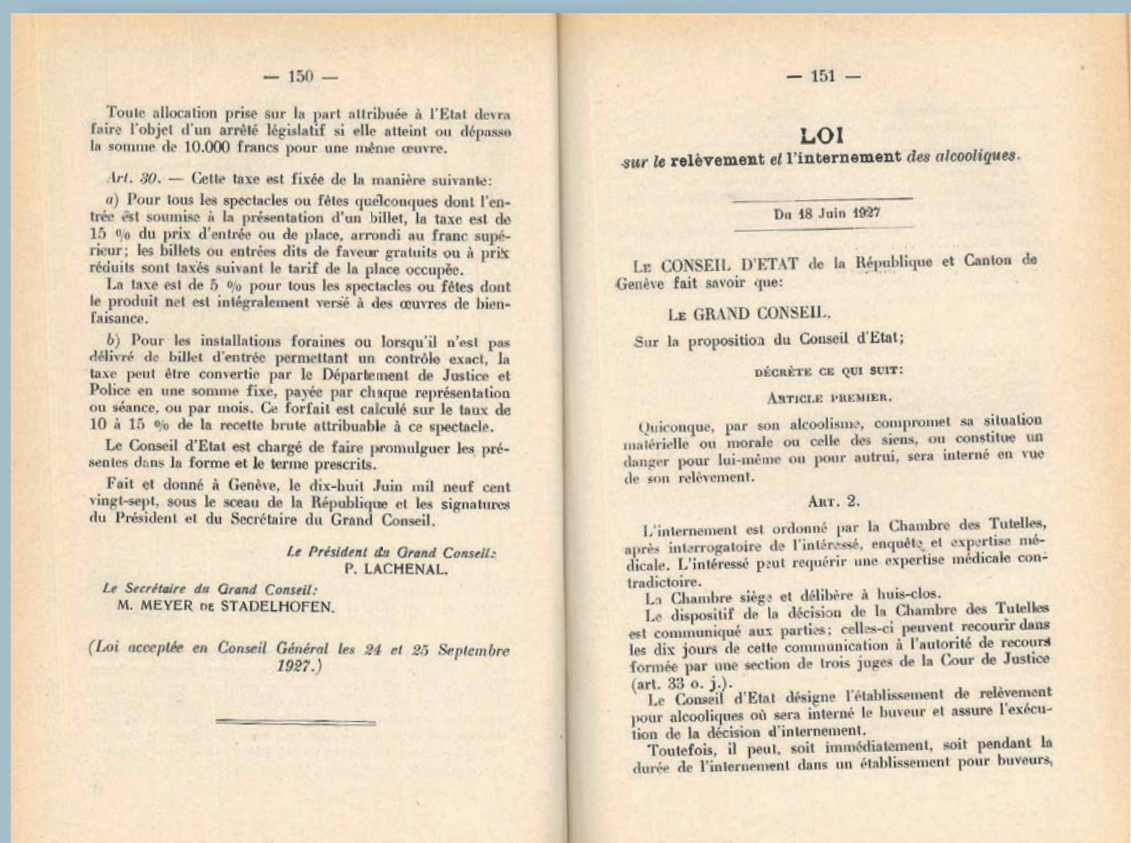
Réseau intercantonal, canton de Genève, année de référence 1954



uek-av.ch/institutions

UNE LOI CANTONALE SUR L'INTERNEMENT

La «Loi du 18 juin 1927 sur le relèvement et l'internement des alcooliques» permet d'interner «en vue de son relèvement» quiconque «par son alcoolisme compromet sa situation matérielle ou morale ou celle des siens ou constitue un danger pour lui-même ou pour autrui».



Extrait de la «Loi du 18 juin 1927 sur le relèvement et l'internement des alcooliques»

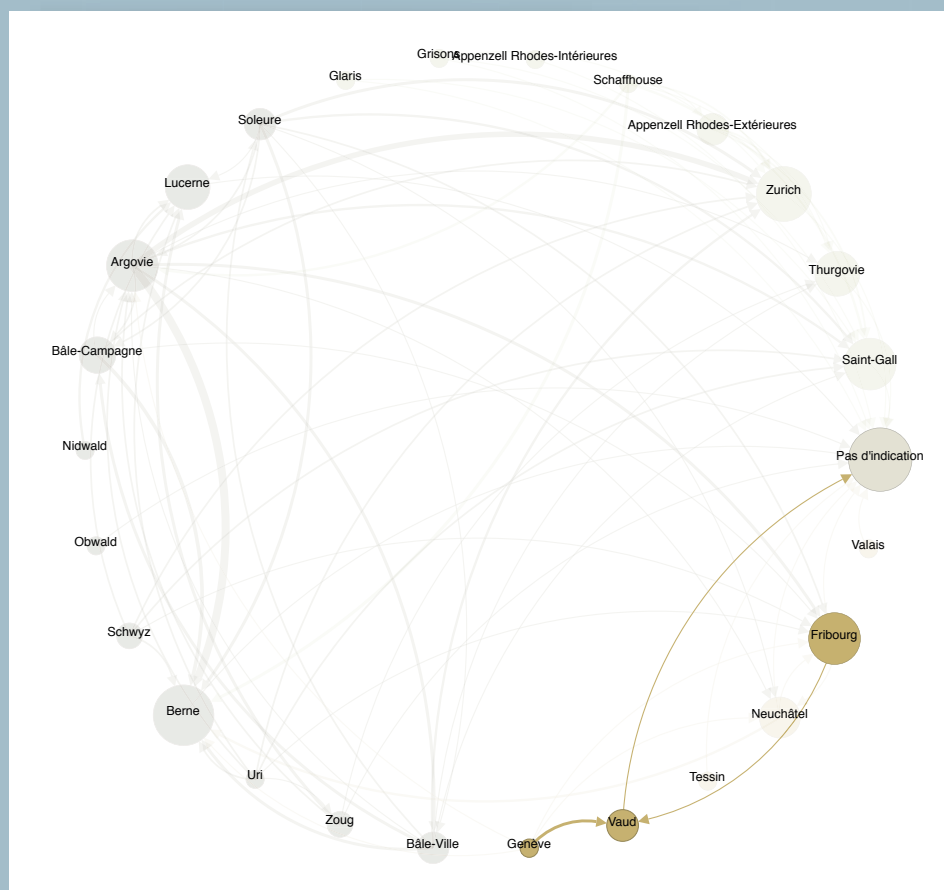


uek-av.ch/lois

VAUD

RÉSEAUX CANTONAUX

Ce graphique met en évidence la manière dont les cantons collaborent dans la mise en œuvre des internements administratifs. Il montre que le canton de Vaud, en 1954, interne des personnes dans plusieurs autres cantons et que des personnes des cantons de Fribourg et de Genève sont envoyées dans des établissements vaudois.



Réseau intercantonal, canton de Vaud, année de référence 1954



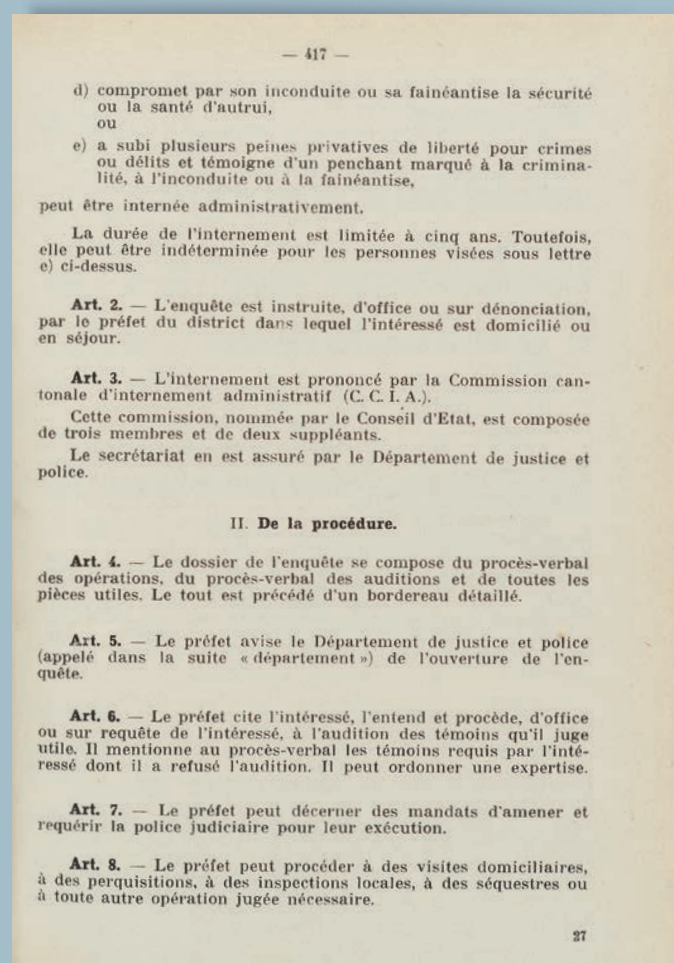
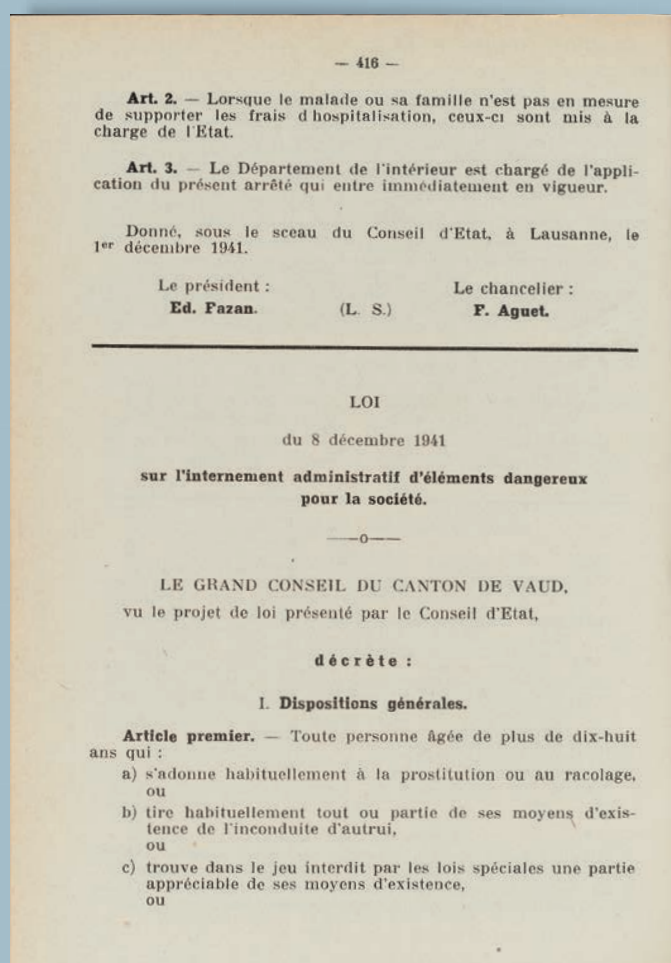
uek-av.ch/institutions

UNE LOI CANTONALE SUR L'INTERNEMENT

La «Loi du 8 décembre 1941 sur l'internement administratif d'éléments dangereux pour la société» est en vigueur de 1942 à 1971. Elle permet d'interner des personnes âgées de plus de 18 ans «qui s'adonnent habituellement à la prostitution ou au racolage, tirent habituellement tout ou partie de leurs moyens d'existence de l'inconduite d'autrui, trouvent dans le

jeu interdit par les lois spéciales une partie appréciable de leurs moyens d'existence, compromettent par leur inconduite ou leur fainéantise la sécurité ou la santé d'autrui ou ont subi plusieurs peines privatives de liberté pour crimes ou délits et témoignent d'un penchant marqué à la criminalité, à l'inconduite ou à la fainéantise.»

Extrait de la «Loi du 8 décembre 1941 sur l'internement administratif d'éléments dangereux pour la société»



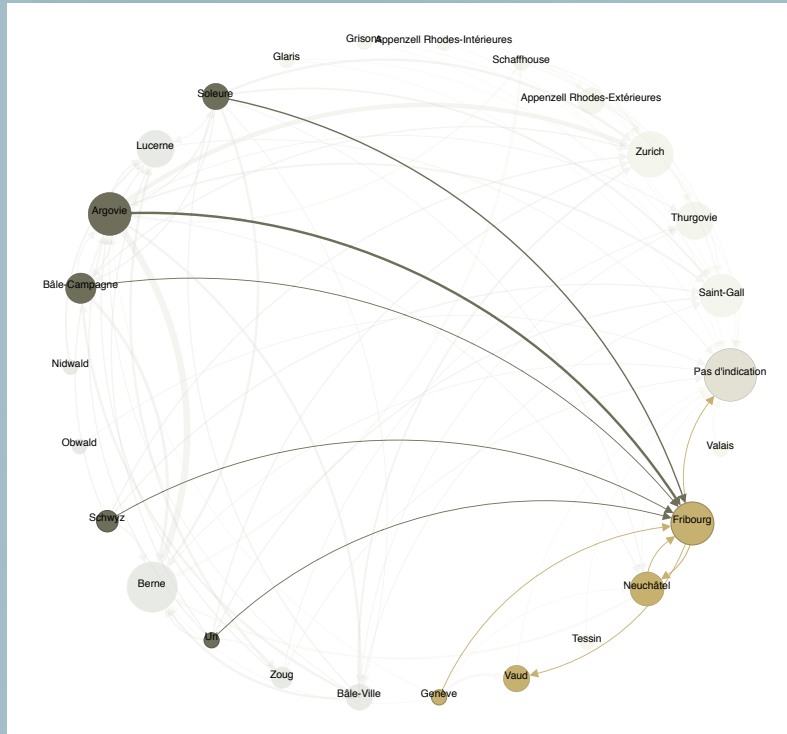
uek-av.ch/lois

FREIBURG/FRIBOURG

KANTONALE NETZWERKE RÉSEAUX CANTONNAUX

Diese Darstellung zeigt, wie die Kantone bei der Umsetzung der administrativen Versorgung zusammenwirken. Sie illustriert, dass der Kanton Freiburg im Stichtjahr 1954 Personen administrativ in die Kantone Neuenburg und Waadt sowie in Institutionen anderer Kantone einweist. In Freiburgische Anstalten werden Personen aus mehreren Deutschschweizer Kantonen und aus dem Kanton Genf interniert.

Ce graphique met en évidence la manière dont les cantons collaborent dans la mise en œuvre des internements administratifs. Il montre que le canton de Fribourg, en 1954, interne des personnes dans les cantons de Neuchâtel et Vaud et dans des institutions d'autres cantons. Des personnes provenant des cantons germanophones et du canton de Genève sont internées dans des établissements fribourgeois.



Interkantonales Netzwerk Kanton Freiburg im Stichtjahr 1954

Réseau intercantonal, canton de Fribourg, année de référence 1954

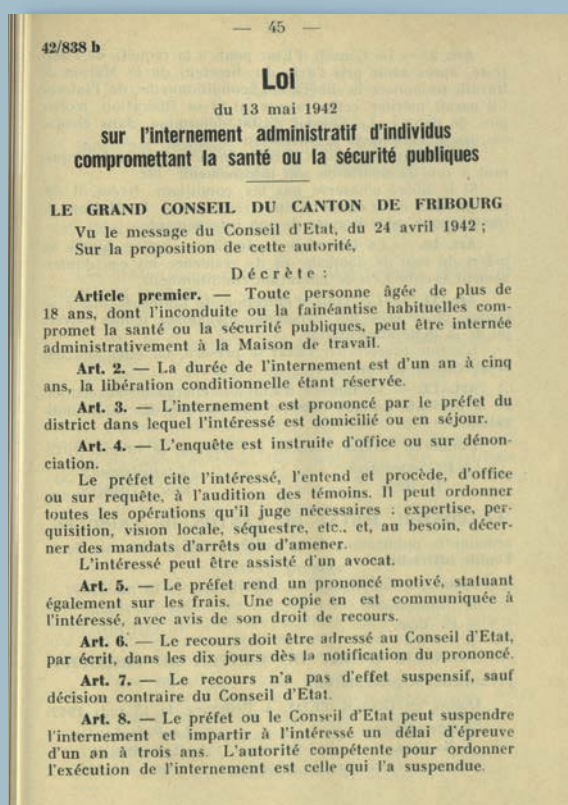


uek-av.ch/anstalten
uek-av.ch/institutions

EIN KANTONALES VERSORGUNGSGESETZ UNE LOI CANTONALE SUR L'INTERNEMENT

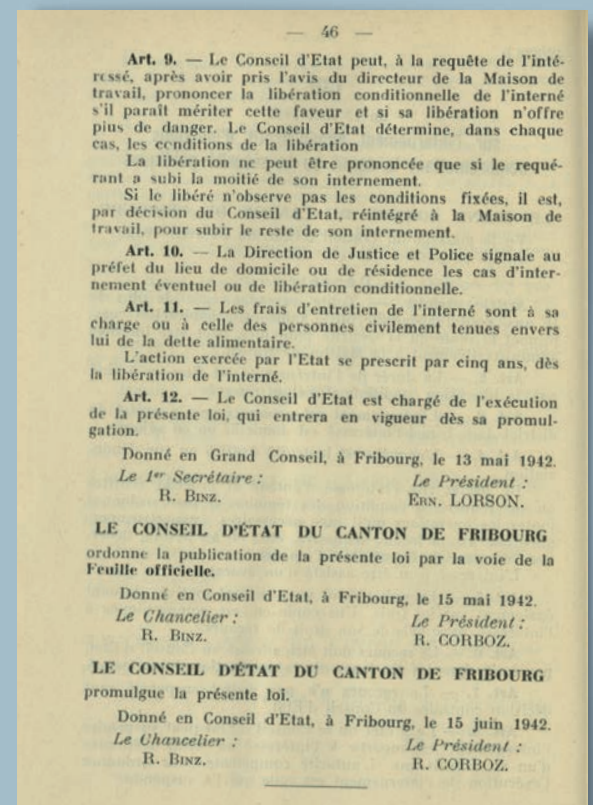
Von 1942 bis 1981 ist das «Gesetz vom 13. Mai 1942 betreffend die administrative Einweisung von Personen, die die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit gefährden» in Kraft. Es regelt die Internierung von Personen über 18 Jahren, deren «schlechter Lebenswandel» oder «Müssiggang» die öffentliche Gesundheit oder Ordnung gefährde.

La «Loi du 13 mai 1942 sur l'internement administratif d'individus compromettant la santé ou la sécurité publique» est en vigueur de 1942 à 1981. Elle permet d'interner des personnes âgées de plus de 18 ans «dont l'inconduite ou la fainéantise habituelles compromettent la santé ou la sécurité publiques».



«Gesetz vom 13. Mai 1942 betreffend die administrative Einweisung von Personen, die die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit gefährden»

«Loi du 13 mai 1942 sur l'internement administratif d'individus compromettant la santé ou la sécurité publique»



uek-av.ch/gesetze
uek-av.ch/lois

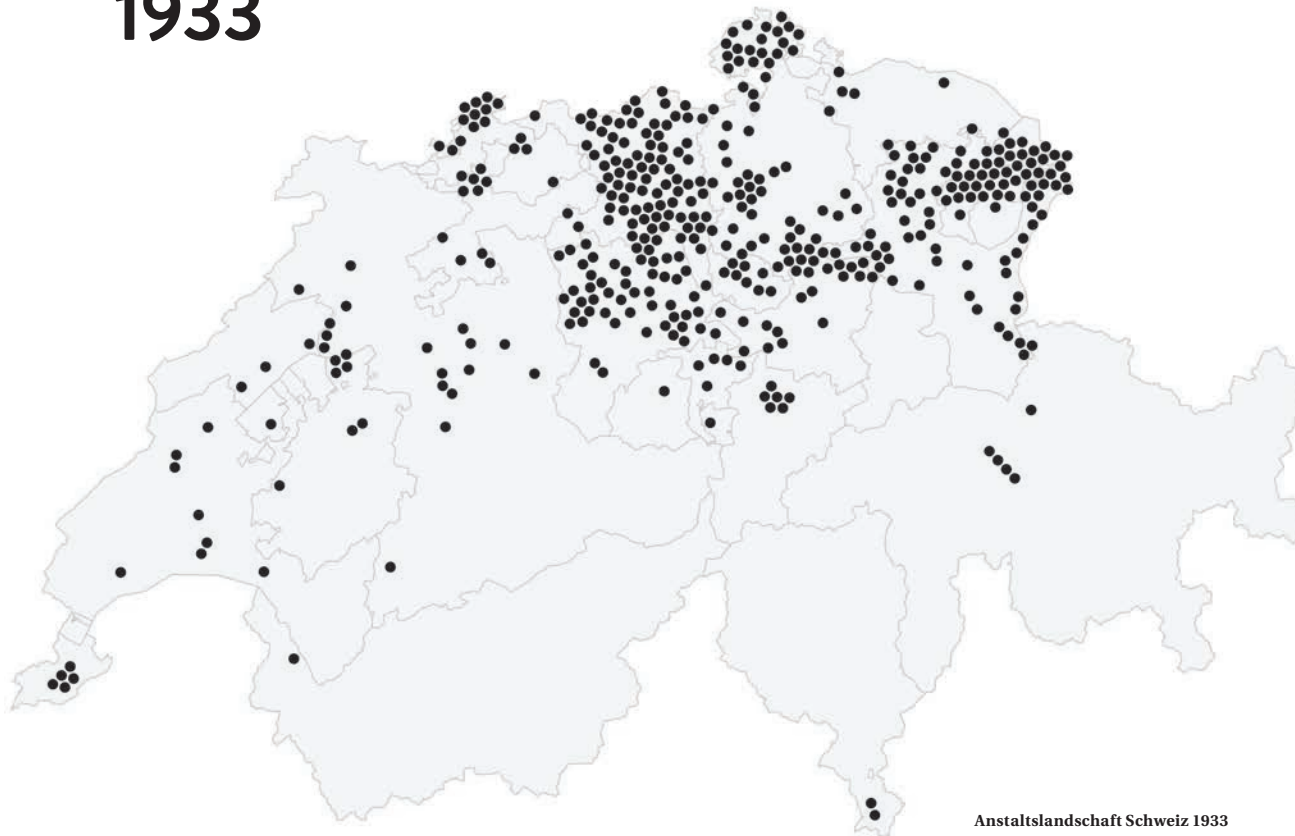
ANSTALTS- LANDSCHAFT

Erwachsene und Jugendliche werden in Institutionen wie Zwangsarbeitsanstalten, Arbeitskolonien, Erziehungsanstalten, Mütter- und Kinderheime, Trinkerheilanstalten, Gefängnisse, psychiatrische Einrichtungen oder Armenhäuser administrativ eingewiesen. Konfession und Geschlecht bestimmen, wer wohin kommt. Nicht jeder Kanton betreibt eigene Anstalten, die Behörden können Personen auch in Institutionen in anderen Kantonen oder in private Einrichtungen einweisen. In vielen Anstalten werden gerichtlich Verurteilte und administrativ versorgte Menschen unter einem Dach untergebracht.

INTERNATO AMMINISTRATIVAMENTE NE LA VALLETTA,
IL 31 LUGLIO DEL 1955 PIERINO MALANDRA SCRIVE UNA LETTERA A
SUA SORELLA, LA LETTERA PORTA LA SCRITTA «NON SPEDITA»,
ARCHIVIO DI STATO DEL CANTONE TICINO

**«SE POSSIBILE DI VENIRE IL PIU
PRESTO POSSIBILE PER LIBERARMI
DI QUESTA CASA DI PAZZI! ALTRI-
MENTI DIVENTO PAZZO. IO SONO
QUI SENZA NESSUN MOTIVO, È
SOLAMENTE UN FALSO RAPPORTO
MANDATO IN GOVERNO.»**

1933



Anstaltslandschaft Schweiz 1933

1980



Anstaltslandschaft Schweiz 1980

Man schätzt aufgrund von Hochrechnungen auf lückenhafter Quellenbasis, dass im Zeitraum zwischen 1930 und 1980 mehrere zehntausend Personen administrativ versorgt werden. Im Verlauf der Jahrzehnte nimmt die Anzahl der Anstalten ab.

Zum interaktiven Portal Anstaltslandschaft Schweiz 1933-1980:



uek-av.ch/anstalten
uek-av.ch/institutions
uek-av.ch/istituti

Die Anstalten sind von der Gesellschaft abgeschottet. Sie müssen ökonomisch weitgehend selbsttragend wirtschaften, damit die Versorgungen die Gesellschaft möglichst wenig kosten. Die Direktionen verfügen über grosse Macht. Viele Vorschriften bestimmen den eintönigen Tagesablauf der internierten Menschen, der von langer, harter und monotoner Zwangsarbeit bestimmt ist. Jugendliche erhalten gelegentlich eine Berufsbildung. Frauen verrichten hauswirtschaftliche oder industrielle Arbeiten, während Männer in der Landwirtschaft oder in Handwerksberufen tätig sind. Verstossen die Internierten gegen die strengen Regeln oder versuchen sie zu fliehen, drohen harte Strafen wie Isolationshaft oder Essensentzug. Briefwechsel sind eingeschränkt, verbale und physische Schikanen an der Tagesordnung. Auch Schläge und Vergewaltigungen durch Anstaltsangestellte sind vielfach dokumentiert. Es ist für die weggesperrten Personen schwierig, Missstände nach aussen zu tragen.

BESCHWERDEBRIEF DER FAMILIE SCHULER

ÜBER ZUSTÄNDE IN DER KORREKTIONSANSTALT KALTBACH
SCHWYZ AN DAS EIDGENÖSSISCHE JUSTIZDEPARTEMENT, 1921,
SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV

**«VON EINEM KARL MEISTER WISSEN WIR ZU
BERICHTEN, DASS DIESER VOR CA.
4 MONATEN AUS DER ANSTALT ENTWEICHEN
KONNTE, SICH JEDOCH NICHT LANGE
DER GOLDENEN FREIHEIT FREUEN DURFTE,
INDEM ER BALD DARAUFG WIEDER
EINGELIEFERT WURDE. AM 31. MAI 1921 WURDE
DER BEDAUERNSWERTE VON VERWALTER
MOSER, WÄRTER HUWILER UND PLANZER HALB
TOTGESCHLAGEN UND «DURFTE» 10 TAGE
LANG OHNE JEDE NAHRUNG HUNGERN. DIESER
SOLL HEUTE NOCH IN EINEM KERKER, WO
WEDER LUFT NOCH SONNENSCHEN HEREIN
DRINGEN KANN, LIEGEN UND AN FÜSSEN
SCHWERE KUGELN TRAGEN.»**



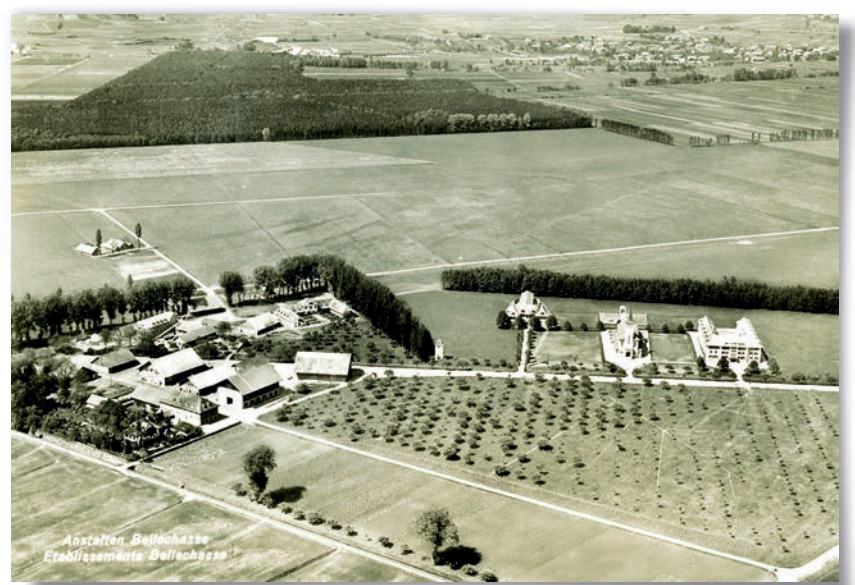
Eine Gruppe von Internierten in den Anstalten von Bellechasse (FR), 1920-1930, Staatsarchiv Freiburg.

Junger Mann bei Hobelarbeiten in der Arbeitserziehungsanstalt Uitikon (ZH) - Schocher ©, undatiert, Staatsarchiv Aargau.



Ältere Frau mit Hacken und Rechen über der Schulter im Gespräch mit älterem Mann mit Hut. Arbeitserziehungsanstalt Uitikon (ZH) - Schocher ©, undatiert, Staatsarchiv Aargau.

Luftaufnahme der Anstalten Bellechasse (FR), 1948, Staatsarchiv Freiburg.





164

Regolamento interno della Casa per gli interperanti «La Valletta» annessa al Manicomio Cantonale di Mendrisio.

(del 15 maggio 1934).

IL CONSIGLIO DI STATO DELLA REPUBBLICA E CANTONE DEL TICINO,

In relazione all'art. 8 del decreto legislativo 24 maggio 1933.

Decreto:

I. Disposizioni generali.

Art. 1. — La Casa per interperanti «La Valletta», annessa al Manicomio Cantonale in Mendrisio è posta sotto la sorveglianza della Commissione amministrativa del Manicomio Cantonale.

Art. 2. — L'Istituto riceve coloro i quali a cagione di ubriachezza abituale o perchè conducono vita dissoluta e vagabonda o sono dediti all'ozio o all'accattonaggio, compromettono la loro sostanza o quella dei loro congiunti o mettono in pericolo la loro sicurezza o quella degli altri.

Art. 3. — Gli internati sono sottoposti ai regolamenti e devono ubbidienza e rispetto al Direttore ed agli impiegati dell'Istituto.

II. Ammissione.

Art. 4. — All'entrata nell'Istituto, l'internato è iscritto sul registro delle ammissioni sotto un numero d'ordine colle indicazioni concernenti lo stato civile e tutto ciò che si riferisce al suo internamento.

Art. 5. — Egli consegna valori, documenti, libretto di servizio militare, dei quali viene eretto un inventario controfirmato dall'internato. L'ammontare del denaro viene iscritto sopra un libretto individuale a favore dell'internato.

165

Art. 6. — All'internato verrà assegnato il suo posto e saranno comunicate le norme del regolamento al quale dovrà sottostare. In pari tempo gli saranno resi noti i dispositivi del decreto del suo internamento.

Art. 7. — Nei primi giorni l'internato sarà sottoposto ad una visita medica per l'eventuale controllo delle sue attitudini fisiche e psichiche e dell'eventuale capacità al lavoro.

III. Lavoro.

Art. 8. — L'internato è obbligato al lavoro secondo le sue capacità e il suo stato di salute. Egli verrà adibito a lavori agricoli, e a seconda delle attitudini, verrà occupato nei vari laboratori dell'Istituto.

Art. 9. — L'internato non può, di sua propria iniziativa, abbandonare un lavoro per dedicarsi ad altro.

Art. 10. — Egli deve lavorare con assiduità e diligenza e seguire le norme che gli vengono impartite dal personale.

IV. Orario.

Art. 11. — L'internato si alza da letto al momento della sveglia: alle 5.30 nei mesi estivi (aprile-ottobre); alle 6.30 nei mesi invernali (ottobre-marzo). Si corica alle ore 20 d'inverno ed alle ore 21 d'estate. Mezz'ora dopo coricato, l'internato è tenuto al silenzio.

Art. 12. — Appena alzato l'internato deve curare la pulizia personale e quella del letto, per la quale ha mezz'ora di tempo a sua disposizione. Dopo la colazione, l'internato si reca al lavoro.

L'orario del lavoro è fissato come segue: dalle 7.30 alle 11.30 e dalle 13 alle 17 d'inverno, fino alle 18 d'estate.

Dopo i pasti, l'internato ha diritto ad una ricreazione nei locali di soggiorno oppure nei cortili a seconda della stagione.

V. Ricompense.

Art. 13. — L'internato riceve, per ogni giorno di lavoro, un compenso in denaro da fr. 0,10 a 0,20 a seconda delle prestazioni.

Art. 14. — Il compenso viene iscritto sul libretto individuale e conteggiato alla fine di ogni mese.

Arbeitshaus für Trinker Tannenholz in Bellechasse (FR), 1948, Staatsarchiv Freiburg.

Internierte bei der Arbeit in den Anstalten von Bellechasse (FR), 1948, Staatsarchiv Freiburg.

Arbeits- und Ruhezeiten, Hausordnung des an die kantonale Irrenanstalt Mendrisio angegliederten Heims für Trinker «La Valletta», 15. Mai 1934, Archivio di Stato del Cantone Ticino.



Reglement für die staatliche Korrekptionsanstalt in Uitikon. 308

§ 14. Für den Anstretenden wird in der Regel und zwar unter Mitwirkung der Gesundheitsbehörde von der Aufsichtskommission für eine angemessene Bekleidung ein Patron bestellt, der denselben nach Möglichkeit überredet und ihm mit Rath und That beisteht. Der Patron erstattet der Aufsichtskommission halbjährlich Bericht nach einem von dieser festzusetzenden Formulare. (§ 25 der Verordnung.)

C. Beschäftigung der Detinirten.

§ 15. Die Hauptbeschäftigung der Detinirten bildet die Bebauung des zur Anstalt gehörenden Landes in Verbindung mit allen vorerwähnten Arbeiten in Scheune und Haus und mit der Verarbeitung von Brennholz. Soweit thunlich, können einzelne Detinirte nach ihrer bisherigen beruflichen Thätigkeit beschäftigt werden.

§ 16. Unter Vorbehalt zeitlicher Dispensation ist jeder Detinirte zu anhaltender Arbeit nach Maßgabe seiner Kräfte verpflichtet. Er soll in keiner Weise die Andern bei ihrer Arbeit stören und sich ohne Rücksicht den Anordnungen des Verwalters oder Kassierers fügen. Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat Strafe zur Folge.

D. Tages- und Hausordnung.

§ 17. Die Tagesordnung ist, vorbehaltlich allfälliger Abänderung wegen dringender landwirtschaftlicher Arbeiten, folgende: Aufstehen im Sommer um 4 1/2 Uhr, im Frühling und Herbst um 6 Uhr, im Winter um 5 1/2 Uhr. — Frühstück 6—6 1/2 Uhr. — Mittagessen 12—1 Uhr. — Nachessen um 8 Uhr. — Nachher Schlafengehen.

Arbeitszeit: Morgens von ca. 5—6 Uhr im Frühling, Sommer und Herbst; Sonntags von 6 1/2—12 Uhr mit einer Erholungspause ca. um 9 1/2 Uhr; Nachmittags von 1—8 Uhr mit einer Erholungspause ca. um 4 Uhr.

Zu erweichter geistiger Anregung der Detinirten soll der Verwalter dienliche zu gelegenen Zeiten (namentlich etwa an Winterabenden und Sonntagen) geeigneten Stoff vortragen.

Reglement für die staatliche Korrekptionsanstalt in Uitikon. 309

§ 18. Die Speisverrichtung ist folgendermaßen festgesetzt: Das Morgen- und das Nachessen bestehen aus Suppe (Sonntag Abends Kaffee) mit Brod; das Mittagessen aus Suppe, einem Gericht aus Weizspeisen oder Hülsenfrüchten, an dessen Stelle zwei Mal wöchentlich Fleisch tritt, und einem Gemüse, dazu Brod und Weiz. In den Erholungspausen Brod und Nachmittags wird eine Erfrischung an Brod und etwas Weiz oder Milch verabreicht. In strengen Arbeitszeiten, wie Heu- und Getreidernte, Emde, sollen Zulagen an Speisen und Getränken gegeben werden. Die Speisen sollen gehörig gekocht, nahrhaft zubereitet und in genügender Menge verabreicht werden.

§ 19. Der briefliche Verkehr der Detinirten ist der Kontrolle des Verwalters unterstellt. Briefe dürfen denselben nur offen zum Versenden übergeben werden; ankommende Briefe und Pakete werden ebenfalls geöffnet abgegeben. Das aus dem brieflichen Verkehr erwachsende Porto trägt die Anstalt.

Besuche dürfen nur unter der ausdrücklichen Bewilligung des Verwalters in der Anstalt gemacht werden und in der Regel nur Sonntags. Die Besuchenden sind entweder vom Verwalter selbst oder von einem Angestellten zu begleiten.

§ 20. Das Tabakrauchen ist den Detinirten strengstens untersagt, sowie auch das Mitführen von Feuerzeug.

E. Disziplinar- und Strafbestimmungen.

§ 21. Dem Verwalter steht folgende Strafbefugnis zu:

- a) Verweis, entweder unter Einzelverbarung oder in Gegenwart der Anstaltsbewohner;
- b) Strafarbeit;
- c) Einsperrung bis auf 8 Tage. Mit derselben kann Verbindung von schmerzhaft, abwechselnd für je den zweiten Tag verbunden werden;
- d) vollständige Isolirung bis auf einen Monat, bei angemessener Beschäftigung;
- e) In den Fällen c und d ist sofortige Anzeige an den Präsidenten der Aufsichtskommission zu machen, wozu letztere befragt ist.



Tages- und Hausordnung aus dem Reglement für die staatliche Korrekptionsanstalt in Uitikon (ZH) vom 8. November 1882, Staatsarchiv des Kantons Zürich.

Eine Doppelseite aus einer von Internierten in den Anstalten Witzwil in Gampelen (BE) gezeichneten Illustrierten, Dezember 1929, Staatsarchiv des Kantons Bern.

Schlafsaal in den Anstalten von Bellechasse (FR), 1948, Staatsarchiv Freiburg.



uek-av.ch/illustrierte uek-av.ch/illustre uek-av.ch/illustrata



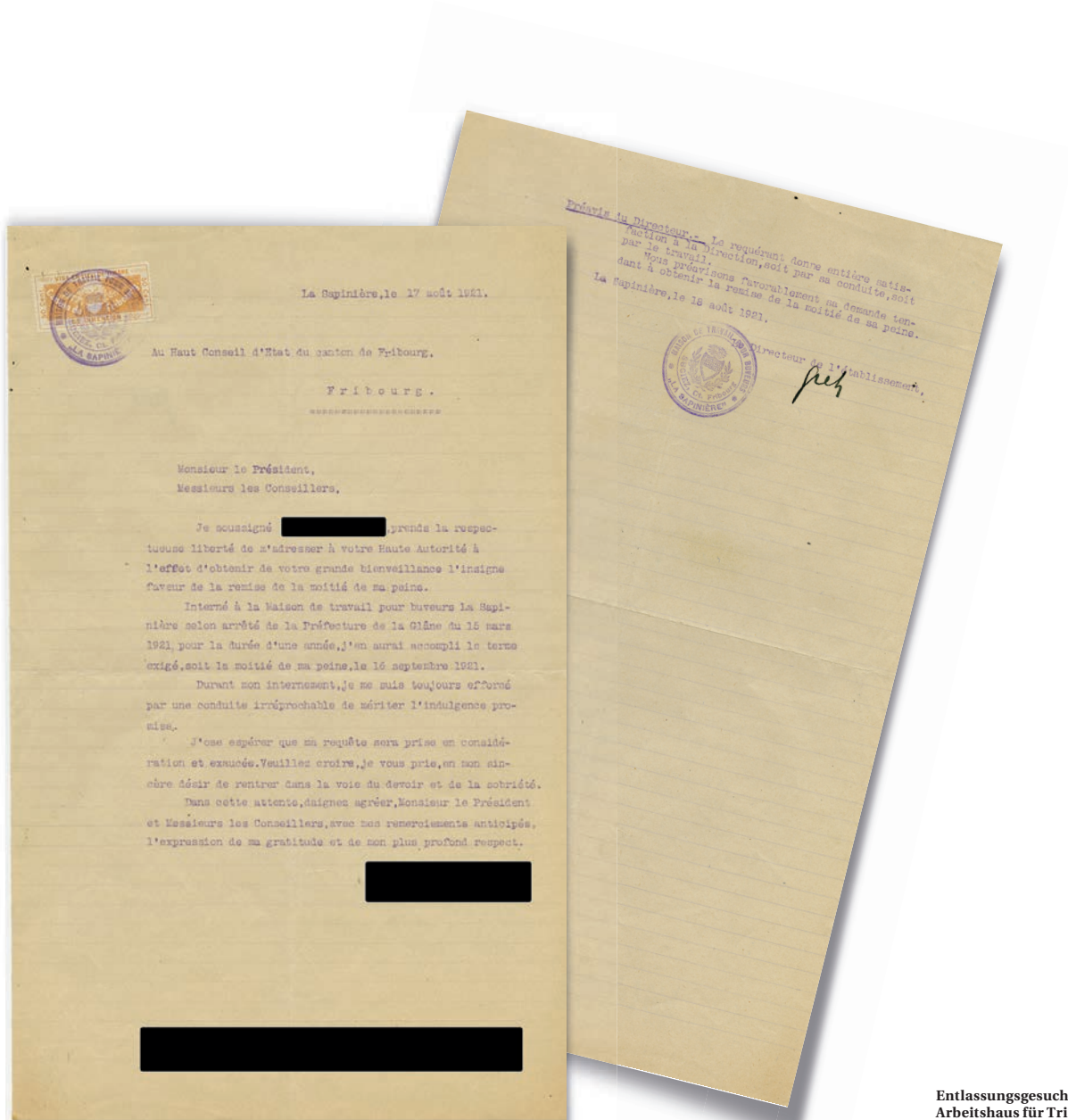
uek-av.ch/schlafsaal uek-av.ch/dortoir uek-av.ch/dormitorio



ZURÜCK IN DIE FREIHEIT?

Während der Internierung lastet ein grosser Druck auf den Insassen, denn bei einer Entscheidung über eine Entlassung folgt die zuständige Amtsstelle meist den Einschätzungen der Anstaltsleitung. Der Arm der Behörden ist lang: Auch nach dem Aufenthalt in einer Anstalt werden administrativ versorgte Personen während einer Bewährungszeit weiter überwacht. Damit droht ihnen unter Umständen eine erneute Einsperrung.

Der Aufenthalt in einer Anstalt kann weitreichende Folgen für das ganze Leben haben. Das finanzielle Auskommen der ehemaligen Internierten ist meist bescheiden und der berufliche Werdegang beschwerlich. Viele sind später von Altersarmut betroffen. Die Anstaltsversorgungen ziehen auch verschiedene körperliche und psychische Beeinträchtigungen nach sich.



Entlassungsgesuch eines Internierten aus dem Arbeitshaus für Trinker Tannenhof in den Anstalten von Bellechasse (FR) an den Staatsrat des Kantons Freiburg, 17. August 1921, Staatsarchiv Freiburg.



uek-av.ch/gesuch
uek-av.ch/demande
uek-av.ch/domanda

Bereits bei der Einführung der administrativen Versorgungen im 19. Jahrhundert äussern sich einzelne Stimmen kritisch – darunter auch Juristen. Administrativ versorgte Personen protestieren in autobiografischen Schriften gegen das ihnen zugefügte Unrecht, ihre Kritik wird jedoch lange übergangen. Erst im Zuge des gesellschaftlichen Wandels der 1960er und 1970er Jahre verlangen immer breitere Kreise, dass die Versorgungspraxis die Rechte der weggesperrten Personen respektieren müsse. Regelmässige Presseberichte ebenso wie die Forderungen der von Internierungen betroffenen Menschen verändern kontinuierlich die Wahrnehmung der Versorgungspraxis in der Öffentlichkeit, bis die grundrechtswidrigen Vollzugsformen, Anstaltsreglemente und Gesetze zur administrativen Versorgung 1981 aufgehoben werden.

Parallel zur wachsenden Kritik öffnen sich die Anstalten und rekrutieren vermehrt Angestellte mit einer sozialpädagogischen Ausbildung. Diese vertreten neue Methoden und sorgen zusammen mit medizinischen und juristischen Fachkreisen dafür, dass Informationen besser zirkulieren, Machtmissbrauch thematisiert und bestraft wird und eine Debatte über Alternativen zu den Internierungen einsetzt. Trotz diesen Veränderungen berichten Personen, die in den 1970er Jahren administrativ versorgt sind, dass ihre Rechte auch dann nicht respektiert werden und sie weiterhin leiden.

«WAS UNTER SOLCHEN VORAUSSETZUNGEN ALLES MÖGLICH IST, GRENZT ANS UNERHÖRTE. ES GEHÖRT ZUM EMPÖRENDESTEN, DAS MAN SICH ÜBERHAUPT VORZUSTELLEN VERMAG. EIN STAAT, DER EINE DERARTIGE «ADMINISTRATIVJUSTIZ» GUTHEISST UND PFLEGT, SETZT DAMIT SEIN ANSEHEN ALS RECHTSSTAAT GRÖBLICH AUFS SPIEL.»

DER PUBLIZIST CARL ALBERT LOOSLI, DER SELBER EINEN PARCOURS DURCH VERSCHIEDENE ANSTALTEN HINTER SICH HAT, GEHÖRT FRÜH ZU DEN PROMINENTESTEN KRITIKERN DER ADMINISTRATIVEN VERSORGUNG.

CARL ALBERT LOOSLI, SCHWEIZERISCHE KONZENTRATIONSLAGER UND «ADMINISTRATIVJUSTIZ», BERN 1939, IN: FREDI LERCH / ERWIN MARTI (HG.), ADMINISTRATIVJUSTIZ, ZÜRICH 2007, S. 99.

WAS WILL DIE HEIMKAMPAGNE ?

DIE IN DER SCHWEIZ HEUTE PRAKTIZIERTE HEIMERZIEHUNG DIENT WEDER DEN INTERESSE DER BETROFFENEN, NOCH DENEN DER „AUGEMEINHEIT“ SONDERN DEN INTERESSEN JENER, DIE KEINE VERÄNDERUNG WOLLEN, WEIL SIE VOM JETZIGEN ZUSTAND DER GESELLSCHAFT PROFITIEREN. WIE IN DEN FAMILIEN, SCHULEN UND BETRIEBEN WIRD AUCH IN ERZIEHUNGS-„HEIMEN“ UND -ANSTALTEN LETZTLICH DER KLASSEN-GEGENSATZ UNSERER GESELLSCHAFT AUSGETRAGEN (80% ALLER HEIMINSASSEN KOMMEN AUS ARBEITER-FAMILIEN).

DESHALB KANN ES UNS NICHT UM BLOSSE VERBESSERUNGEN GEHEN - IM RAHMEN EINES SYSTEMS, DAS IMMER EINDEUTIGER ZUGUNSTEN DER KAPITALISTEN FUNKTIONIERT, SONDERN E GEHT UM GRUNDSÄTZLICHE VERÄNDERUNGEN - UM EINE ALTERNATIVE.

DIE HEIMKAMPAGNE IST BEREIT, MIT ALLEN FORTSCHRITTLICHEN KRÄFTEN ZUSAMMENZUARBEITEN ABER WIR GLAUBEN NICHT AN REFORMEN, DIE VON OBEN HERAB ÜBER DIE KÖPFE DER BETROFFENEN HINWEG DEKRETIERT WERDEN. DESHALB IST UNSER ERSTES ZIEL:

DIE ZÖGLINGE SELBST ZU WORT
KOMMEN ZU LASSEN.

Zielbeschreibung der Zürcher Heimkampagne, in: Arbeitsdokumente der Zürcher Heimkampagne 1972, Band 1, Staatsarchiv des Kantons Zürich. Die Heimkampagne versammelt junge Frauen und Männer aus den neuen sozialen Bewegungen, die sich für die Verbesserung der Zustände in den Anstalten und für die Rechte der internierten Jugendlichen einsetzen und im Herbst 1971 eine grosse Pressekampagne lancieren.

CORRESPONDANCE

Une question de principe

On nous écrit :

Les journaux et l'opinion publique semblent avoir accueilli jusqu'à maintenant sans défaveur, voire même avec gratitude et félicitations, l'arrêté du Conseil d'Etat du 24 octobre 1939 concernant l'internement administratif d'éléments dangereux pour la société. On nous permettra, tout en reconnaissant les raisons profondes de cette décision, prise en vertu des pleins pouvoirs, de rappeler certains principes et de marquer une opposition à cette mesure qui peut être grave de conséquences pour l'avenir.

Il y a de nombreuses années que les journaux, les partis, surtout le parti libéral poussent avec énergie à la création d'un Tribunal administratif, critiquent véhémentement l'intervention de l'administratif dans le judiciaire. Et voici que, quelques semaines après la mobilisation, le Conseil d'Etat abroge deux articles du Code pénal, crée, chose inouïe, des délits nouveaux, dont certains ont précisément été rejetés par le peuple vaudois dans son Code pénal, élabore des formules permettant une interprétation tellement large que celles du Code pénal fédéral, si justement critiquées, apparaissent presque claires, prévoit un internement jusqu'à trois ans (soit jusqu'à un moment où, espérons-le, les pleins pouvoirs n'existeront plus), déclare lettre morte les garanties du Code de procédure pénale en faveur de certains justiciables, etc., etc.

Sans doute, l'on a voulu débarrasser le pays d'éléments hautement indésirables, d'une pègre que tout le monde reconnaît répugnante. Mais si l'on peut concevoir que, pour des délits reconnus comme tels par le Code pénal, des circonstances extraordinaires peuvent autoriser une procédure extraordinaire, on doit protester tout spécialement contre la création de nouveaux délits, soit contre une atteinte aussi grave au principe de l'art. 2 du Code pénal ainsi conçu: « Les actes punis par la loi peuvent seuls être l'objet de poursuites pénales. Il ne peut être appliqué d'autres peines que celles qui sont prévues par la loi ».

Du jour où, dans un pays, ce principe n'est plus respecté, la liberté individuelle est en passe de ne plus être qu'un vain mot. Si actuellement, de telles dispositions peuvent — et encore faudrait-il voir la pratique — ne présenter qu'un danger limité, il est certain que l'engrenage est dangereux, qu'on ne peut jamais savoir qui demain appliquera ces dispositions.

Agénor Krafft, avocat.

Leserbrief des Anwalts Agénor Krafft, Une question de principe, in: Gazette de Lausanne (VD), Nr. 325, 22. November 1939.

AUSGEGRENZT & WEGGESPERT



EINE AUSSTELLUNG DER
UNABHÄNGIGEN EXPERTENKOMMISSION (UEK)
ADMINISTRATIVE VERSORGUNGEN
UNE EXPOSITION DE LA COMMISSION INDÉPENDENTE D'EXPERTS (CIE)
INTERNEMENTS ADMINISTRATIFS
UNA MOSTRA DELLA COMMISSIONE PERITALE INDIPENDENTE (CPI)
INTERNAMENTI AMMINISTRATIVI

KONZEPTION UND REALISATION | CONCEPTION ET RÉALISATION | CONCETTO E REALIZZAZIONE
UEK ADMINISTRATIVE VERSORGUNGEN | CIE INTERNEMENTS ADMINISTRATIFS | CPI INTERNAMENTI AMMINISTRATIVI
EVA LOCHER, JOSÉPHINE MÉTRAUX UND SOFIA BISCHOFBERGER

GESTALTUNG | RÉALISATION GRAPHIQUE | GRAFICA
LUZIAN MEIER

ILLUSTRATIONEN | VISUELS | VISUALIZZAZIONI
DENSITYDESIGN RESEARCH LAB -
ANDREA BENEDETTI, PAOLO CIUCCARELLI, TOMMASO ELLI, MICHELE INVERNIZZI, MICHELE MAURI

PORTRÄTFOTOGRAFIEN | PORTRAITS PHOTOGRAPHIQUES | RITRATTI FOTOGRAFICI
JOS SCHMID

ÜBERSETZUNGEN | TRADUCTIONS | TRADUZIONI
SPRACHDIENST GS-EJPD | SERVICES LINGUISTIQUES SG-DFJP | SERVIZIO LINGUISTICO SG-DFGP